

# Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schyer.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße Nr. 18 b.  
Telephonruf Nr. 3392.

Inserate  
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

## Die Wucherzölle u. die Gewerkschaften.

Der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten,  
Sondern er arbeitet, um zu leben.

Im Kampfe um den Zolltarif sind die Arbeiter von der Regierung mit der gewohnten Ignorierung behandelt worden. Zu den vorbereitenden Arbeiten durch den sogenannten „Wirtschaftlichen Ausschuss“ sind Vertreter der Industrie, des Handwerkes, der Landwirtschaft und des Handels zugezogen worden, es war somit allen diesen Wirtschaftsklassen reichlich Gelegenheit geboten, ihre Wünsche und Forderungen bezüglich der Neugestaltung der Zollverhältnisse vorzubringen, und es wurden dieselben auch, wie der Wuchertarif beweist, in weitestgehendem Maße berücksichtigt; allein die Arbeiter sind zu dem „Wirtschaftlichen Ausschuss“ nicht zugelassen worden, niemand hat sie um ihre Meinung und Wünsche befragt, und als sie sich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen selbst zum Worte meldeten und ihre Forderungen darlegten, blieben sie völlig unbeachtet. Diese Mißachtung ging so weit, daß in der Zollkommission des Reichstags der Referent über die Petitionen, der junkerliche Agrarier-Hauptling v. Wangenheim, auch die mit 3 1/2 Millionen Unterschriften bedeckte Petition der deutschen Arbeiterschaft vollständig „vergessen“ und die sozialdemokratischen Abgeordneten sie vorbringen mußten. Jüngst welche praktische Folge wurde dieser Riesepetition, dieser vom deutschen Reichstag noch nicht erlebten gemaltigen Kundgebung der deutschen Arbeiterschaft, nicht gegeben.

Und wie in der Kommission, so wurden die Wünsche der deutschen Arbeiter und ihrer Vertreter im Plenum des deutschen Reichstags behandelt. Man mißachtete und vergewaltigte sie, und durch das Mittel des Staatsfreies der reaktionären, volksfeindlichen bürgerlichen Parteien wurde der ungeheuerliche, in der Geschichte der Zollgesetzgebung beispiellos dastehende Wuchertarif durchgezogen.

Die Überzöllner haben kaum versucht, den von ihnen so gewalttätig und verbrecherisch geschaffenen Wuchertarif im Hinblick auf die Arbeiter zu rechtfertigen. Die früheren Zollkämpfe standen unter dem Zeichen des „Schutzes der nationalen Arbeit“ und die Hochschützöllner bemühten sich, den Arbeitern plausibel zu machen, daß die neue Zollpolitik die Lage der deutschen Industrie verbessern, die Arbeitslosigkeit vermindern, die Arbeitslöhne erhöhen und so die Verhältnisse der Arbeiter heben werde. Die jetzige Zollkampagne stand und steht ausschließlich unter dem Schlagwort „Schutz der Landwirtschaft“, das Geschrei der Agrarier hat alle anderen Rufe übertönt, vor allem ist die frühere Parole vom „Schutz der nationalen Arbeit“ verstummt.

Wenn trotzdem nebenher auch über die Wirkungen der Wucherzölle auf die Arbeiter diskutiert wurde, so haben die Arbeiter durch ihre Proteste, durch ihre Versammlungen und durch ihre Presse diese Diskussion erzwungen. Was mußten nun die Gegner zur Rechtfertigung ihrer Überzölle zu sagen? Sie legten das Hauptgewicht auf den Arbeiter als Produzenten, der durch die „nationale Politik“ Arbeitsgelegenheit erhalte, die den Arbeiter als Konsumenten in die Lage versetze, auch etwas höhere Lebensmittelpreise zu bezahlen. „Der Produzent ist das Primäre, der Konsument das Sekundäre.“ Der Arbeiter ist beides, was man ja bekanntlich von vielen Leuten, von den oberen Zehntausend, die Schmarotzer am Gesellschaftskörper, bloße Konsumenten, aber keine Produzenten sind, nicht sagen kann. Aber auch der Arbeiter ist vorerst bloßer Konsument, ehe er Produzent ist, er muß erst bis zum 13., 14., 15. Jahre und noch länger von seinen Eltern ernährt und erzogen werden, ehe er dazu kommt, selbst zu produzieren und zu verdienen. Sodann ist für den Arbeiter das Produzieren nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke, im Sinne des diesem Artikel vorangestellten Mottos: „Der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben.“ Inwiefern soll nun der Arbeiter als Produzent von dem Wuchertarif Vorteil haben? Die höheren Zölle, sagen uns die Überzöllner, halten die ausländische Konkurrenz fern, der deutsche Markt verbleibt der deutschen Arbeit, die durch bessere Preise ihrer Produkte kaufkräftiger werdende Landwirtschaft wird die Industrie beleben, und so werden diese beiden wirtschaftlichen Hauptgruppen einen neuen Aufschwung erfahren. So einfach liegt jedoch die Sache nicht. Der ausländischen Konkurrenz steht unsere Exportindustrie, in der etwa 2 1/2 Millionen von ca. 8 Millionen Industriearbeitern beschäftigt sind, gegenüber. Vertreiben wir durch unsere hohen Zölle die ausländische Konkurrenz, so antwortet das Ausland darauf mit der Vertreibung des deutschen Exportes. Haue du meinen Juden, hau ich deinen Juden. Können wir die Waren selbst erzeugen, die uns jetzt das Ausland schickt, so kann das Ausland seinerseits ebenso die Waren selbst herstellen, die es bis jetzt von uns gekauft hat. Die Agrarier, die Hauptschuldigen an dem neuen deutschen

Wuchertarif, wünschen ganz offen diese Wirkung desselben, sie streben nach der Beseitigung aller Handelsverträge, nach einem vertragslosen Zustand mit permanentem Zollkrieg. Ernste und weiterblickende Männer betrachten diese zollpolitischen Tendenzen mit schwerer Sorge. So sagt zutreffend Dr. Eugen Morik in seiner Schrift über die Eisenindustrie, Zolltarif und Außenhandel unter anderem: „Wir stehen hier vor einem sehr betrübenden Faktor, der eventuell dazu führen kann, früher oder später bei Vernichtung des deutschen Exportes Deutschland aus der Reihe der Großmächte auszuscheiden.“ Etwas optimistisch erscheint es uns, wenn er dann weiter meint, „daß unsere Regierung sich sicherlich zur Umkehr von dem jetzt beschrittenen Wege entschließen wird, sobald sie die Konsequenzen der gegenwärtigen Politik in ihrer ganzen Tragweite erkannt hat.“ Von den Junkern und Junkerengenossen, die in Deutschland als Minister die Geschäfte der Agrarier und Konsorten besorgen, ist eine solche Umkehr unter keinen Umständen zu erwarten. Da müßten schon ganz andere Männer her und da müßte eine völlige Systemänderung eintreten, an die wir nicht glauben.

Die Vernichtung oder auch nur starke Zurückdrängung der Exportindustrie durch den Zollkrieg oder ungünstige Handelsverträge würde natürlich nicht nur sie schädigen, sondern, da sie für sich kein abgeschlossenes Ganzes bildet, vielmehr durch tausend Fäden mit dem Ganzen verbunden ist, die gesamte deutsche Industrie, das gesamte deutsche Wirtschaftsleben in schwerste Mitleidenschaft ziehen. Da Art und Menge der importierten und exportierten Waren sich nicht decken, sondern sehr verschieden sind, so kann nicht einfach die deutsche Industrie im Inland für das verlorene Absatzgebiet im Ausland Ersatz finden. So hat die deutsche Maschinenindustrie im Jahre 1901 für rund 12 Millionen Mark Dampfmaschinen exportiert, während die Einfuhr an solchen nur 2 Millionen betrug. Die Ausfuhr an Nähmaschinen betrug 21, die Einfuhr nur 7 Millionen, an Werkzeugmaschinen 6,2 und 1,4 Millionen, an Maschinen zu industriellen Zwecken 65,4 und 9,8 Millionen, an Pumpen 5,2 und 1/2 Million, an elektrischen Maschinen 20 und 3,4 Millionen, an Maschinen und Maschinenteilen 149,3 und 52,9 Millionen, an Lokomotiven 25 und 3,6 Millionen u. s. w. Und so ist es in der Eisen- und Stahlindustrie, Textilindustrie, Konfektions-, chemischen und Lederindustrie u. s. w. Bei solcher Bedeutung der Exportindustrie müßte eine Unterbindung des Exportes einen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens zur Folge haben, eine Massenarbeitslosigkeit von Millionen, eine Not und ein Elend, wogegen der heutige Krisenzustand noch das reinste Paradies sein würde.

Im günstigsten Falle aber werden die neuen Überzölle neue Kartelle, Syndikate und Trusts zur Folge haben, mit noch schändlicherer Preispolitik, als solche schon heute getrieben wird: Monopolpreise im Inland und Schundpreise im Ausland, maßlose Verteuerung aller Waren Hand in Hand mit dem Niederkommen der Arbeiter durch das kartellierte mächtige Unternehmertum, schlechte Arbeitslöhne und Lohnreduktion. Dazu vernichtet der Wuchertarif alle Aussichten darauf, daß in absehbarer Zeit die jetzige Krise wieder durch einen neuen Aufschwung abgelöst werde. Und da will man von einem Schutz der Produzenten reden? Selbst wenn man die Unternehmer als solche für sich betrachtet, also nicht im Zusammenhang mit den Arbeitern, so bietet der Wuchertarif für die meisten von ihnen nur Nachteile, wie für die Arbeiter; einzig die Großen werden, wie die amerikanische Trustwirtschaft lehrt, ungezählte Millionen und Milliarden davon profitieren, aber auf den Leiden der vernichteten kleinen Unternehmer und der ausgepreßten Lohnarbeiter.

Und der vom Wuchertarif mit seinen verheerenden Wirkungen auf die internationale Handelspolitik so schwer geschädigte Arbeiterproduzent hat dann noch auf der anderen Seite als Konsument die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung als Bescherung, insbesondere die Verteuerung der unentbehrlichsten und wichtigsten Nahrungsmittel, des Brotes, Mehles, Fleisches, Gemüses, Obstes u. s. w. Zutreffend hat daher ein Arzt den Wuchertarif einen Seuchentarif genannt, der Unterernährung und Entkräftung der Arbeiter bewirken wird, ein Nachlassen der Spannkraft, der Energie und Ausdauer, eine Degenerierung der ganzen Arbeiterschaft sowie der heranwachsenden Jugend, die der Mutarmut, Skrophulose, Rhachitis u. c. anheimfällt und massenhaft dahinstirbt oder eine körperlich untüchtige Generation geben wird, welche den Ansprüchen des Lebens, der Arbeit, des Dienstes in Waffen nicht mehr genügen kann.

So wird, wie der vor einigen Wochen von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an das arbeitende Volk Deutschlands gerichtete Aufruf sehr richtig sagt, der deutsche Arbeiter und mit ihm seine Familie mit doppelten Kruten gepeitscht. Ihm wird das tägliche Brot und die ganze Lebenshaltung in einer Weise verteuert, wie sie kein Arbeiter

eines anderen Kulturlandes kennt und außerdem hat er mit den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die ihm den Lohn kürzen und das schwere Leben noch schwerer machen. „Das ist die Lage, in welche die deutsche Arbeiterklasse dadurch kommt, daß sie in ihrer Mehrheit in bedauerlicher Verblendung bei den Wahlen ihren schlimmsten Gegnern ihre Stimme gab.“

Noch gibt es einen Weg, auf dem man zu einer wenigstens teilweisen Milderung des großen Übels, des verbrecherischen Wuchertarifs, kommen könnte, und diesen bietet die nächste Reichstagswahl. Durch richtigen Gebrauch des Stimmzettels seitens der Millionen Arbeiterwähler und der weiteren großen Zahl von Wählern, welche, wie die kleinen Beamten, Angestellten u. c., durch den Seuchentarif so schwer geschädigt werden, wie die Arbeiter, sollte die jetzige volksfeindliche und staatsstreichlerische Reichstagsmehrheit vernichtet und eine solche gewählt werden, welche nur Handelsverträgen mit stark gekürzten Zöllen ihre Zustimmung gibt. Gelingt der Opposition dies nicht, so gehen wir einer äußerst trüben Zukunft entgegen, die für die Gewerkschaften den Kampf in Permanenz bedeutet gegen endlose Lohnreduktionen, gegen Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse auf das Hungerniveau der schiefischen Weber.

Diese Kämpfe müssen aber geführt werden, denn dadurch erfüllen unsere Gewerkschaften die ihnen zugefallene rettende Kulturmission. Und darum sollten alle jene Massen indifferenten Arbeiter, die uns heute noch immer fernestehen, für die Organisation gewonnen werden, um sie stark, kampffähig und leistungsfähig zu machen gegenüber allen drohenden Stürmen einer trüben Zukunft. Hinein in die Gewerkschaften!

## Zur Generalversammlung.

Die Mehrheit der Verbandsmitglieder, die sich bisher zu dem Vorstandsprojekt: Einführung der Krankenunterstützung bezw. Ausbau des Unterstützungswesens, im Verbandsorgan geäußert haben, sprechen sich, wenn auch mit verschiedenen Abänderungsvorschlägen, erfreulicherweise für Erweiterung des Unterstützungswesens im Verband aus. Mir will es scheinen, als ob bisher von einem großen Teil der Wortführer in dieser Angelegenheit das eigene „Ich“ in den Vordergrund der Ausführungen gestellt worden wäre. Man konnte bei verschiedenen Einsendern zwischen den Zeilen lesen, daß sie die Sache zu sehr von dem Standpunkt: Was habe „Ich“ für einen Nutzen von der Einführung der Krankenunterstützung im Verband, ansehen, während der Nutzen für die große Masse der Verbandsmitglieder in den Hintergrund gestellt wurde. Dies ist meines Erachtens nicht richtig; bei der Verteilung solcher Fragen hat der Egoismus in den Hintergrund zu treten. Eine solche Frage ist mehr vom Gesichtspunkt der Allgemeinheit zu beurteilen. Und hier wird jeder vorurteilsfreie Kollege zugeben, daß der Ausbau des Unterstützungswesens im Verband einen großen Nutzen für die Masse der Verbandsmitglieder hat. Ich bin der Ansicht, daß der Verband seinen Mitgliedern neben dem Hauptzweck: Wahrung und Förderung der Ehre, sowie der materiellen und geistigen Interessen, als Mittel zu diesem Zwecke den Mitgliedern gewissermaßen eine Versicherung in allen Notfällen des Lebens sein soll. Dies kann aber nicht mit einem Male erreicht werden, sondern muß etappenweise durchgeführt werden. Ich kann es nicht verstehen, daß einige Kollegen den Vorstandsentwurf deshalb und damit die ganze Krankenunterstützung im Verband ablehnen, weil er noch nicht das bietet, was eine vollkommene Krankenunterstützung leisten soll. Es ist eben auch hier wie bei dem Bau eines Hauses: Man fängt den Grund an und fügt Stein auf Stein, bis das Gebäude fertig ist, so auch beim Ausbau des Unterstützungswesens im Verband.

Ich habe zu dem Vorstand, bei dem die Fäden der Organisation zusammenlaufen und der dadurch die Verhältnisse, unter welchen die Kollegen leben, kennt, das Vertrauen, daß er nur das Beste der Mitglieder will. Der Einwand, daß 50 Pf. pro Woche für viele Kollegen ein zu hoher Beitrag, ist nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen, doch „wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“. Die Beiträge lassen sich mit ganz verschwindender Ausnahme mit einigermaßen gutem Willen sehr wohl aufringen. Die Kollegen müssen sich nur anderwärts im Geldausgeben etwas Reserve auflegen. Ich meine hier die Vereinsmeierei und den mit dieser im teilweisen Zusammenhang stehenden übermäßigen Alkoholgenuß. Namentlich in letzterem Punkte wird sehr viel auch in Kollegentreuen gesündigt. Die Mehrzahl der Arbeiter genießen alkoholische Getränke nur deswegen, weil irrtümlicherweise angenommen wird: Der Alkohol stärkt. Das Gegenteil ist aber der Fall; er lähmt und betäubt das Gehirn, er täuscht über das Mangelgefühl hinweg. Darin besteht auch die vermeintliche

Stärkung. Die Folgen des regelmäßigen Alkoholgenusses sind auch ein Heer von Krankheiten. Es würde zu weit führen, diese alle hier zu erwähnen. Es kommt bei Einschränkung des Alkoholgenusses zweierlei in Betracht. Erstens: Die Arbeiterchaft spart Geld und kann dasselbe zur Erhöhung der Beiträge, zur Erweiterung des Unterstützungswesens zc. der Gewerkschaften verwenden. Zweitens wird die Arbeiterchaft gesünder sein; sofern wir dann weniger kranke Mitglieder haben, kann das Krankengeld bei gleicher Beitragszahlung erhöht, eventuell auch die Dauer der Unterstützung verlängert werden. Ein Beweis, daß meine diesbezüglichen Ausführungen nicht von der Hand zu weisen sind, ist, daß sich die Krankenkassen immer mehr mit der Alkoholfrage beschäftigen.

Ich glaube früher oder später müssen wir doch das Klassensystem, wie es jetzt schon in Österreich besteht, auch bei unserem Verband einführen. Denn es ist durchaus kein richtiges Verhältnis, daß heute beispielsweise derjenige Kollege, der pro Tag 2 Mk. verdient, den gleich hohen Beitrag bezahlt wie derjenige, der 5 Mk. pro Tag verdient. Auch wäre zu erwägen, daß nach Einführung der Krankenunterstützung im Verband das Eintrittsgeld auf 1 Mk. erhöht würde. Stellt sich daselbe doch bei der Metallarbeiter-Krankenkasse inklusive ärztlicher Untersuchung auf 2 Mk. Verlangt doch jede Volksversicherung zirka Mk. 1,50 Aufnahmegebühr, und diese leisten bei weitem nicht das, was der Verband bei gleichen Beiträgen gewährt.

Der Einwurf der Gegner des in Frage stehenden Projektes, daß die Zwangskassen, wenn das Krankengeld höher als der durchschnittliche Tagelohn, den Betrag darüber in Abzug bringen, dürfte im allgemeinen wohl kaum zutreffen, da nach § 26a des Krankenversicherungsgesetzes durch Kassenstatut diese Kürzung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden kann. Da nun aber in den bedeutendsten Orten die organisierte Arbeiterchaft die Zwangskassen zum größten Teil verwaltet, so dürften die Statuten so reaktionäre Bestimmungen kaum enthalten; sind solche dennoch vorhanden, so sind diese auszumerzen. Übrigens ist nicht feststehend, ob die Krankenunterstützung des Verbandes überhaupt ein Krankengeld im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes ist.

Was den reaktionären Beschluß der Metallarbeiterkrankenkasse betrifft, so haben die Kollegen die Pflicht, denselben zu beseitigen; unter dieser Devise muß die Delegiertenwahl zur künftigen Generalversammlung vorgenommen werden.

Wie von Kollegen schon betont wurde, kommt die Arbeitslosenunterstützung den Kollegen der kleineren Orte zum größten Teil nur indirekt zu gute. Hier hat z. B. bei zirka 40 Mitgliedern noch kein Mitglied Arbeitslosenunterstützung erhalten, trotzdem hier die größte Fabrik liquidierte und infolgedessen sehr gedrückte Geschäftsverhältnisse bestehen. Bei der Krankenunterstützung ist das wesentlich anders; auch in der Luft unseres tannreichen Schwarzwalbes kommen Krankheiten bei Verbandsmitgliedern wie bei denen der Großstädte, wenn auch vielleicht in geringerer Maße, vor. Deshalb bin ich für obligatorische Einführung der Krankenunterstützung im Verband, so wie es der Vorstand projektiert hat.

Das ideale wäre allerdings, wenn unter irgend einer Form der Verband mit der Metallarbeiterkrankenkasse verschmolzen werden könnte. Dies dürfte aber wohl ein frommer Wunsch bleiben. — Um Mißverständnissen vorzubeugen, bemerke ich noch, daß ich Bevollmächtigter der hiesigen Filiale der Metallarbeiterkrankenkasse bin.

Erberg (bad. Schwarzwald). Wilh. Grahl.

Die Einführung der Krankenunterstützung ist wohl einer der wichtigsten Vorschläge und wert, von den Mitgliedern eingehend geprüft zu werden. Der Vorstand hat mit ziemlich einwandfreiem Material nachgewiesen, daß bei einer Erhöhung des Beitrags um 20 Pf. pro Woche die Durchführung einer Krankenunterstützung und Zahlung eines Sterbegeldes sehr wohl möglich ist. Meiner Ansicht nach ist die Einführung gerade dieser Unterstützungen von großem Vorteil für unsere Organisation, denn sie werden mehr als Reise- und Ortsunterstützung dem Mitgliederwechsel Einhalt tun. Die Ortsunterstützung mag wohl auf die Fluktuation in großen Städten (Industrie-Zentren) einschränkend wirken, da hier die Erwerbsunsicherheit zu jeder Zeit eine große ist und die Arbeiter oft in der günstigsten Zeit arbeitslos werden. In mittleren und kleineren Städten übt sie diesen Einfluß nicht aus; hier würde es wohl Krankenunterstützung und Sterbegeld sein, das die nicht festen, älteren Mitglieder und hauptsächlich deren Frauen an die Organisation fesseln würde. In der hiesigen Verwaltungsstelle kenne ich viele Kollegen, die als Bediener jahrelang der Organisation angehört haben, aber nachdem sie sich verheiratet, kehren sie dem Verband den Rücken. Einen großen Teil der Schuld tragen ja hierbei die Frauen, da sie in Unkenntnis über den wahren Wert der Organisation ihre Männer sehr häufig veranlassen, aus dem Verband auszutreten. Besucht man nun solche Kollegen, um sie der Organisation zu erhalten, so hat man mit deren Frauen zum großen Teil einen schweren Stand. Verweist man die Frau auf das Bestreben unseres Verbandes: Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, so heißt es, das nützt doch nichts. Oder will man ihnen den Vorteil der Arbeitslosenunterstützung erläutern, so erhält man zur Antwort: Mein Mann ist schon so viele Jahre an der Stelle, der wird nicht arbeitslos. Mir ist schon verschiedentlich gesagt worden: Ja, wenn ihr Krankenunterstützung zahlen würdet, dann hätte ich gar nichts dagegen. Was ihnen der Verband nicht bietet, suchen diese Kollegen dann in den verschiedenen Arbeiter- und Kriegervereinen, die nur auf Grund ihrer Krankenunterstützung und des Sterbegeldes so viele Mitglieder erwerben und an sich fesseln.

Wir dürfen daher den agitatorischen Wert dieser Unterstützungen auch für den Verband nicht verkennen; ich betrachte sie als ein Mittel, die Mitglieder im Verband festzuhalten und daß auch den älteren Mitgliedern an kleineren Orten etwas geboten wird; da sie nicht leicht arbeitslos werden, haben man die Krankenunterstützung ein. Auf eins möchte

ich noch aufmerksam machen, worauf diese Unterstützungen vorteilhaft einwirken würden: das ist das Beitragszahlen. Wir haben hier am Orte eine kleine Zuschußkasse für unsere Verwaltung gegründet und die Mitglieder dieser Kasse sind gerade die besten Beitragszahler, trotzdem sie jetzt auch schon im ganzen 50 Pf. Wochenbeitrag zahlen müssen.

Was nun die Einwendung einzelner Gegner betrifft, die hierdurch den Kampfscharakter unseres Verbandes gefährdet glauben, so möchte ich sie bitten, sich hierüber zu beruhigen, da dies dadurch ebensowenig eintreten wird, als bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Wenn nun die Kollegen Ziegler und Weidl behaupten, die Erhöhung der Beiträge auf 50 Pf. würde unsere Entwicklung hindern, so sage ich, das Gegenteil wird eintreten. Das beweist ja die Geschichte unseres Verbandes. Bei der Gründung desselben glaubte man auch, durch die niedrigen Beiträge den größten Teil der Metallarbeiter zur Organisation zu veranlassen, aber dies ist nicht eingetreten. Der Verband war bei den niedrigen Beiträgen nicht leistungsfähig, deshalb ging seine Entwicklung nur langsam von statten. Erst nach der Erhöhung der Beiträge auf 20 Pf. und dann auf 30 Pf. und der dadurch vermehrten Leistungsfähigkeit ist unsere Organisation auf die Höhe gebracht worden, auf der sie jetzt steht. Darum, Kollegen, führen wir die Krankenunterstützung und die Erhöhung des Beitrags auf 50 Pf. ruhig ein, wir stärken und festigen dadurch den Verband, fesseln die alten Mitglieder fester an ihn und werden noch mehr neue hinzu gewinnen.

Kollege Weidl führt als Beispiel, daß die Höhe der Beiträge die Mitglieder zum Austritt veranlaßt, Nürnberg an. Er schreibt unter anderem: Es traten dort viele Mitglieder aus, da sie auf Grund der ungünstigen Geschäftslage die hohen Beiträge nicht bezahlen konnten, sie würden aber bei besserer Zeit wiederkommen. An dem Abgang dieser Kollegen würde wohl eine höhere Ortsunterstützung, wie Kollege Weidl vorschlägt, nichts geändert haben, denn entweder erfolgte deren Austritt nachdem sie ausgesteuert oder weil sie glaubten, nicht arbeitslos zu werden. Ob sich da die Krankenunterstützung und das Sterbegeld nicht als besseres Vorbeugungsmittel gegen den Austritt bewährte? Das glaube ich ganz bestimmt, denn viele Kollegen würden sich wohl überlegt haben, ihre wohlverworbenen Rechte so leicht fallen zu lassen.

Auch die Mehrarbeit, die Weidl gegen die Einführung ins Feld führt, kann doch nur ganz gering sein, denn die Durchschnittskrankendauer pro Mitglied und Jahr beträgt 10 Tage, die Arbeit wird also bei kleinen Verwaltungen nur eine ganz minimale sein. Auch die Einwendungen des Kollegen Haarer und anderer, die behaupten, mit 5 Prozent der Mehreinnahmen könnten die Verwaltungskosten nicht gedeckt werden, sind nicht stichhaltig. Die Ortsverwaltungen können die Mehrarbeit ganz gut für 3 Prozent leisten, und der Vorstand kann meiner Ansicht nach mit 2 Prozent gleich 17400 Mk. auch die größeren Verwaltungskosten decken. Wo sollen denn die großen Verwaltungskosten herkommen. Ein Hilfsarbeiter, glaube ich, kann wohl die Mehrarbeit leisten und die Ausgaben für Krankenscheine und andere Sachen hierzu sind auch nicht so erheblich, daß die Berechnung des Vorstandes hierdurch ein Loch erhalten könnte.

Schreiten wir nun ruhig zur Einführung der Krankenunterstützung und des Sterbegeldes, so wird dies zur Stabilität und weiteren Ausbreitung des Verbandes beitragen.

Hilbesheim. H. Jänisch.

Die Einführung einer Krankenunterstützung soll nach dem Vorstandsvorschlag den Zweck haben, die Kampfmittel zu vermehren, ein Hauptagitations- und Zugmittel sein, die Situation der Mitglieder im Verband zu verbessern und fern- und benachteiligten Kollegen, die in keiner Hilfskasse aufgenommen werden, Gelegenheit geben, sich zu versichern. Endlich soll den Kollegen, die von einer Proletarierkrankheit heimgesucht werden, also lange Zeit krank sind, dadurch geholfen werden.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit damit aus? Nach dem Vorstandsvorschlag bleiben bei all den Maßnahmen, die da vorgezogen sind (ein Jahr Karenzzeit, die erste Woche gibt es nichts und dann auch bloß 9 bis 13 Wochen die Woche 6 Mk.) 25000 Mk. übrig. Das ist die sogenannte Vermehrung der Kampfmittel, dafür sollen wir 20 Pf. die Woche mehr bezahlen. Daß diese 25000 Mk. uns große Dienste im Kampfe leisten, glaube ich nicht, und fraglich ist es, ob sie auch überhaupt übrig bleiben; denn die Verwaltungskosten sind nach meiner Ansicht schon zu niedrig ange schlagen. Was das Hauptagitations- und Zugmittel anbelangt, so bin ich der Meinung, daß ein solches nur in der Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu suchen und zu finden ist. Sehen die Kollegen, daß wir in dieser Beziehung Fortschritte machen, dann haben sie auch ein Interesse am Verband und werden ihm auch nicht so leicht den Rücken kehren. Sich in Krankheitsfällen zu versichern, ist schon fast jedem Kollegen Gelegenheit geboten, besser, wie der Verband es will. Denjenigen Kollegen, die auf ein langes Krankenlager kommen, würde die Einführung der Krankenunterstützung in dem geplanten Umfang schon gar nichts nützen, eher können wir dieselben nach § 2c unterstützen. Ebenfalls können auch die Kollegen, die in keiner Hilfskasse aufgenommen werden — das ist doch nur eine Minderheit —, nach § 2c unterstützt werden. Es wird gesagt, der § 2c ist ein Unzulassparagraf; wenn damit Unzufriedenheit wird, so haben doch höchstens diejenigen schuld, die unbefugterweise etwas darauf geben. Mit Einführung der Krankenunterstützung würde vielleicht noch mehr Unzufriedenheit, weil dann die Unterstützung statutengemäß festgesetzt ist und gerade mit Krankheiten viel Unzufriedenheit wird. Wer Krankenkassen geleitet hat oder Kontrolleur gewesen ist, wird das auch zugeben müssen. Hiermit glaube ich die Unzulässigkeit der Einführung einer separaten Krankenunterstützung in der Hauptsache bewiesen zu haben.

Ich mache nun den Vorschlag, die Beiträge um 10 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder und 5 Pf. für weibliche zu erhöhen. Das wären nach der Vorstandsrechnung,

glatt gerechnet, ungefähr 410000 Mk. pro Jahr Mehreinnahme. Nehmen wir davon 100000 Mk. für § 2c, 100000 Mk. zur Aufbesserung der Arbeitslosenunterstützung und 100000 Mk. zur Umzugsunterstützung, dann haben wir doch wenigstens noch 110000 Mk. zur Vermehrung direkter Kampfmittel. Auch ist die Arbeitslosenunterstützung immerhin schon ein gutes Kampfmittel, indem wir dadurch schon jeden Kollegen in die Lage bringen, sich vor Lohnrückerei und sonstigen Übergriffen zu schützen. Die Arbeitslosenunterstützung auszubauen ist unsere Pflicht, ehe wir neue Unterstützungen einführen.

Nun noch ein Wort über die Abstimmung. Die führenden Kollegen arbeiten schon jetzt darauf hin, die Vorstandsvorlage unter allen Umständen durchzudrücken. Sie sind der Meinung, daß, wenn die Generalversammlung die Vorstandsvorlage angenommen hat, die übrigen Kollegen sich dann fügen müssen. Es ist aber unbedingt nötig, bei so eingreifenden Maßnahmen eine Urabstimmung vorzunehmen, damit auch jedem Kollegen, der ein Interesse daran hat, Gelegenheit gegeben wird, seine Meinung durch die Abstimmung zum Ausdruck zu bringen. In den Generalversammlungen sind viele angestellte Kollegen, die ein besonderes Interesse daran haben, dem Verband die Einnahmen zu erhöhen; ob das aber für den Verband immer von Nutzen ist, ist eine andere Frage. Es wird gesagt: Was nützt uns dann die Generalversammlung, dann könnten wir gleich die Urabstimmung vornehmen und brauchen uns nicht erst so viel Arbeit zu machen. Das ist natürlich bei solchen Vorlagen, die ein berechtigtes Für und Wider haben, gar nicht anders möglich; denn nur durch die langen Diskussionen in der Presse und gegenseitigen Aussprachen auf der Generalversammlung wird erst bei den meisten Kollegen das Interesse geweckt. Dann kann ihnen auch Gelegenheit gegeben werden, ihr Ja oder Nein dazu zu sagen und sie haben keinen Vorwand, sich über Vergewaltigungen zu beklagen. Also lieber etwas mehr Arbeit, wenn der Verband Nutzen davon hat.

Quedlinburg. E.

Zur Frage der Erweiterung des Unterstützungswesens möchte ich mir auch einige Bemerkungen erlauben. Was bis dato für die Einführung der Krankenunterstützung gesprochen und geschrieben worden ist, kann meiner Ansicht nach ebensowohl als Gegenweis geltend gemacht werden. Daß ein Bedürfnis für eine Reform auf dem Gebiet des Krankenversicherungswesens vorliegt, kann nicht bestritten werden, allein, hat unser Verband außer der Krankenunterstützung nicht noch andere dringendere Aufgaben zu erledigen, die zu einer Erhöhung der Beiträge berechtigen? Wie steht es mit der Agitation unter den Metallarbeiterinnen? Soll es hier auf dem bisherigen Wege weiter gehen? Wenn die Krankenunterstützung auf Grund der Berechnung des Hauptvorstandes eingeführt werden kann, ohne daß eine Vermehrung der Beamten notwendig wird, dann können wir auch mit Recht verlangen, daß unsere Beamten etwas mehr Zeit für die Agitation unter den Arbeiterinnen verwenden, denn dann können sie nicht so überbürdet mit Arbeit sein, als sie es allem Anschein nach doch sind.

Für uns Arbeiterinnen kommt die Krankenunterstützung viel weniger in Betracht als die Arbeitslosenunterstützung. Wenn wir ernstlich erkranken und ohne Angehörige dastehen, dann gibt es noch Krankenhäuser, in denen wir Verpflegung finden. Aber wohin wenden wir uns, wenn wir keine Arbeit haben? Gezwungen, in Arbeiterfamilien Unterkunft zu suchen, können wir in den meisten Fällen auch noch nicht einmal auf Stundung des Kostgeldes rechnen. Und uns paßiert es noch öfter als den Männern, daß wir arbeitslos werden. Wenn wir nun nach einjähriger Karenzzeit eine Unterstützung von wöchentlich 3 Mk. erhalten, so ist das allerdings für viele meiner Kolleginnen kein ausreichendes Mittel, sie an den Verband zu fesseln, aber daran wird eine unzureichende Krankenunterstützung auch nichts ändern. Ich möchte vielmehr auf eine bekannte Einrichtung aufmerksam machen, die ein nicht so kostspieliges und doch wirksames Mittel sein würde, auf die Einführung des Hauskassierens in den großen Städten. Zum Beispiel hier in Berlin liegen die Verhältnisse so, daß, wenn es gelungen ist, in rückständige Betriebe tätige Vertrauenspersonen hinein zu bekommen, dort auch in der Regel Mitglieder für den Verband gewonnen werden. Nach kurzer Zeit jedoch, so bald der Unternehmer die Tätigkeit dieser Vertrauenspersonen in irgend einer Weise zu fühlen bekommt, müssen sie die Werkstellen verlassen, ohne Ersatz zu hinterlassen, um darauf zu achten, daß die junge Saat auch richtig aufgeht. Da werden dann bald keine Zeitungen mehr geholt, die Bücher werden nicht bezahlt und in kurzer Zeit ist alles vergessen. Der Samen ist vergeblich gefallen.

Würden nun die Beiträge regelmäßig abgeholt werden — am besten wäre es, hiermit gleich den Zeitungsertrieb zu verbinden — dann könnte der Verband nicht so leicht vergessen werden. Hauptächlich dann nicht, wenn geeignete Kräfte an diese Stellen gesetzt würden. Auch die vielen Maßregelungen von Vertrauenspersonen würden wegfallen, weil die Unternehmer dann nicht so leicht feststellen könnten, wer die Posten bekleidet.

Kurz, ich halte das Angeführte in Verbindung mit Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für ausreichend, die Mitglieder an den Verband fester zu binden. Zweckmäßige Aufklärung im engeren Kreise betrieben, wird auch das ihre dazu beitragen. Worauf ich jedoch immer wieder hinweisen muß, das ist: die Agitation unter den Metallarbeiterinnen reger zu betreiben und etwas mehr dafür aufzuwenden. Daß es geschehen muß, davon sind nicht nur wir Arbeiterinnen überzeugt, sondern auch die Kollegen, die durch die Konkurrenz der weiblichen Arbeitskraft in ihrer Stellung bedroht sind. Es gibt nur ein Mittel, hier eine Schranke zu errichten, und das ist die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterscheidung des Geschlechts.

Berlin. Augusta Kadeit.

Die Vorlage des Hauptvorstandes zur Einführung der Krankenunterstützung ist erschienen. Sie hat seitens verschiedener Kollegen schon ihre Beurteilung erfahren. Aus diesem für und Wider ist zu ersehen, daß die Mehrzahl der Kollegen das neue Projekt mit Freuden begrüßen, aber die Form desselben als unannehmbar erachten. Es wäre auch verfehlt, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Es wird auch eine Form zur Einführung der Krankenunterstützung gefunden werden, die den Mitgliedern annehmbarer erscheint, wie die vom Hauptvorstand vorgeschlagene. Auf der Generalversammlung der Metallarbeiter-Krankenkasse hat sich die Stimme nicht unerheblich geltend gemacht, eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verband herbeizuführen. Wir haben die Verpflichtung, die dort laut gewordenen Wünsche zu berücksichtigen; wir machen diese Wünsche aber zu nichts, wenn wir eine Form wählen, die eine anderweitige Doppelversicherung nicht überflüssig macht. Welcher unserer Kollegen, der der Metallarbeiter-Krankenkasse angehört und 20, 30, 40 oder 50 Pf. Beitrag zu leisten hat, dafür aber eine angemessene Unterstützung erhält, würde nach Einführung der Krankenunterstützung im Verband nach der vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Form seine Versicherung in der Metallarbeiter-Krankenkasse als überflüssig erachten? Wohl aber werden Kollegen vorhanden sein, die dann dem Verband verloren gehen. Gerade ältere, verheiratete Kollegen sehen mehr auf eine angemessene Krankenunterstützung als auf die anderen Unterstützungszweige. Wenn es den Mitgliedern ermöglicht sein soll, eine anderweitige Doppelversicherung aufzuheben, so darf der Unterstützungssatz nicht unter 10 Mk. pro Woche betragen, und er braucht 14 Mk. nicht zu übersteigen. Eine Klassifizierung würde auch bei der Generalversammlung nicht auf allzu harten Widerstand stoßen.

Im weiteren bin ich überzeugt, daß die Dauer der Unterstützung zu kurz ist. Gerade bei den in der Metallindustrie so häufig auftretenden Augenkrankheiten hat sich erwiesen, daß eine Unterstützungsdauer von 13 Wochen nicht ausreicht, deshalb haben viele Ortsklassen die Unterstützungsdauer auf 26 und 39 Wochen erweitert. Wenn man in den Ortsklassen die Befreiung der Krankentage anstrebt, die zwei und drei Tage betragen, darf man sie im Verband nicht einführen wollen. Auch in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung dürfte das gelten, und es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Frage, die bei Einführung der Krankenunterstützung von großer Bedeutung ist, mit ventiliert werden muß.

Kollege Thomßen meint, das Lied, das die Gegner bei Inaugurierung der Arbeitslosenunterstützung gesungen haben, würde heute bei der Einführung der Krankenunterstützung schlingen, und er hat nicht Unrecht. Die Argumente, die der Kollege K. in Nr. 49 anführt, sind so hinsichtlich, daß ich mich gemindert habe, wie solche noch ins Feld geführt werden können. Die Organisation verliert den Charakter einer Kampforganisation durch das Unterstützungswesen nicht, ich glaube, an Beispielen wird es nicht fehlen, die zeigen, daß die Organisationen am längsten bei einem Kampfstandhalten konnten, die ein ausgeprägtes Unterstützungssystem besaßen haben.

Darmstadt. \* \* \* Jakob Kern.

Gestützt auf die Tatsache, daß sich die Befürchtungen der Gegner der Arbeitslosenunterstützung und der damit verbundenen Beitragserhöhung nicht bewahrheitet haben, hat man den Mut, weitere ähnliche Pläne aufzustellen. Wenn ich auch kein prinzipieller Gegner von Unterstützungseinrichtungen bin, so kann ich diesen Galopp, den man hier einzuschlagen sich bemüht, ohne die bestehenden Unterstützungszweige eventuell mit einer geringen Beitragserhöhung weiter auszubauen oder zunächst solche einzuführen, die mit unseren Grundideen besser zu vereinbaren sind, absolut nicht billigen. Die Geschäfte der Hilfskassen zu übernehmen, werden wir trotz der Beitragserhöhung auf 50 Pf. nicht gewachsen sein. Wir würden hierbei andere Erfahrungen machen als bei der Arbeitslosenunterstützung. Die Krankenunterstützung, wenn sie auch manchen Kollegen willkommen sein mag, bedeutet für die Gesamtheit einen Wendepunkt. Sie kann dazu führen, einen großen Teil unserer Mitglieder zu nötigen, doppelt und dreifach für Krankheitsfälle versichert zu sein. Denn man kann es ihnen nicht zumuten, daß sie die erworbenen Rechte bei anderen Klassen ohne weiteres aufgeben. Sie werden dazu auch unsere Versicherung auf sich nehmen müssen, wenn sie dem Verband treu bleiben wollen. Infolge der Beitragserhöhung wird uns das Werben neuer Mitglieder erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Es ist aber immer der erste und der letzte Appell, ein jeder solle Agitator sein und durch die Agitation von Mund zu Mund dem Verband neue Kämpfer zuführen. Den Kollegen in kleineren Orten, denen die Krankenunterstützung als ein Agitationsmittel erscheint, möchte ich raten, sich nicht allzugroßen Hoffnungen hinzugeben, sind sie es doch, die am letzten für hohe Beiträge zu haben sind, der Grund dafür sind die schlechten Lohnverhältnisse. Wollen wir uns unserem Ziele nähern, so treten wir zunächst dafür ein, die Massen für uns zu gewinnen und fahren wir in der bisherigen Weise fort. Denn nur so können wir unsere gegenwärtig in der Blüte stehende Organisation zu neuer Macht führen. Sache der Generalversammlung und der Delegierten wird es sein, nach dem Grundsatz zu operieren: „Nicht wird die Festung Kapitalismus vor unseren Einrichtungen und Mitteln allein kapitulieren, sondern vor den geklärten, festgeschlossenen für wirtschaftliche Kämpfe disziplinierten Arbeitermassen.“ Darum wagen wir nicht nur unsere Mittel, sondern zählen wir auch die Mitglieder und handeln darnach.

Brandenburg a. S. \* \* \* W.

Ich habe die Entwicklung des Verbandes sowie die aufgeworfene Frage der Errichtung einer Krankenkasse mit Aufmerksamkeit verfolgt, auch die Klagen, daß die Mitglieder dem Verband sehr bald den Rücken kehren, sobald sie sich keinen Vorteil mehr von ihm versprechen. Wie ist dem ab-

zuhelfen? Der Vorschlag des Vorstandes: Gründung einer Krankenkasse im Verband, hat sehr viel gutes für sich, aber es muß ein Ganzes geschaffen werden, mit einer Zuschußklasse ist nach meiner Ansicht nichts genügt. Man gründe eine Krankenkasse, die dem § 75 des Krankentassen-Gesetzes entspricht. Zur Begründung meiner Ansicht führe ich folgendes an: Wenn man die 30 Jahre und mehr in der Welt herumgestoßen wurde, so ist man auch genötigt, in 10 bis 15 verschiedene Krankentassen zu steuern. Zehn Jahre habe ich einer Fabrik-Krankenkasse angehört, bei der ich im Krankheitsfall 13 Wochen lang Mk. 1,50 pro Tag erhalten hätte, die anderen 13 Wochen die Hälfte. Ich blieb aber von Krankheit verschont. Die Verhältnisse führten mich an einen anderen Ort, wo ich der Gemeindefrankenversicherung einverleibt wurde. Das Schicksal bescherte mir hier eine längere Krankheit; 13 Wochen erhielt ich pro Tag Mk. 1,05, die anderen 6 Wochen — nichts.

Ist man vertrauensvoll auf der Scholle sitzen geblieben, hat 30 Jahre in die Fabrik-Krankenkasse gesteuert, ist auch wenig mit Krankheit belastet gewesen, so wird man eben dann doch bei bester Gelegenheit abgeschoben, wenn infolge Alters Gefahr droht, die Krankenkasse in Anspruch nehmen zu müssen. Fragt man dann anderswo nach Arbeit, so heißt es: Wir können Sie nicht in die Krankenkasse aufnehmen, Sie sind zu alt. Wie ganz anders würde es sein, hätte der Verband seine dem § 75 entsprechende Krankenkasse, man würde dem Klassenwechsel nicht so unterworfen sein; hätte man 30 Jahre in die Verbandskasse gesteuert, so wäre man im Alter auch nicht ohne Krankenkasse. Jeder Kollege würde sich's dann überlegen, dem Verband den Rücken zu kehren.

Darum, Kollegen, seid bemüht, ein Ganzes zu schaffen, nicht im Sturmschritt, sondern mit Bedacht, und wird es geschaffen, so kann man wohl in voraus sagen: in 10 Jahren wird der Verband noch auf einem festeren Fundament stehen wie gegenwärtig.

\* \* \*

**Bochum.** In der am 24. Januar abgehaltenen, gut besuchten Mitgliederversammlung kam die Vorlage des Hauptvorstandes betreffend Einführung der Krankenunterstützung zur Diskussion. Im allgemeinen waren die Mitglieder mit der Vorlage einverstanden, jedoch wäre es besser, das jetzige Unterstützungswesen mehr auszubauen, insbesondere die Arbeitslosenunterstützung zu erweitern, als eine neue Unterstützungsart einzuführen. In diesem Sinne wurde auch folgende von einem Komitee ausgearbeitete Resolution angenommen:

„Die am 24. Januar tagende Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Bochum erklärt sich im Prinzip für Einführung eines Krankenzuschusses. Wir ersuchen jedoch die Generalversammlung, vorher darüber schlüssig zu werden, was für Wirkungen die Einführung dieses Unterstützungszweiges auf die weitere Entwicklung unseres Verbandes im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ausübt. Denn sollen die Vorteile, die unsere Kollegen in einzelnen Städten und Bezirken durch die Organisation errungen haben, von Dauer sein, muß vor allen Dingen erst versucht werden, da, wo die Industrie und besonders die Großindustrie zu Hause ist, für den Verband in größerer Weise Brezche zu schlagen. Solange dieses nicht geschieht, erachten wir die Einführung des Krankenzuschusses für diesen Industriebezirk als nachteilig, weil auf allen größeren Werken die Bestimmungen bestehen, daß jeder Arbeiter verpflichtet ist, jede Nebenunterstützung bei Krankheitsfällen sofort anzumelden. Daß wir unter diesen Umständen kein Mitglied für den Verband gewinnen, ist wohl allen denen klar, die die Verhältnisse in der heiligen Großindustrie kennen. Wir empfehlen daher der Generalversammlung, die bestehenden Unterstützungszweige, besonders die Arbeitslosenunterstützung, weiter auszubauen, und eventuell die Einführung eines Sterbegeldes für die Mitglieder. Die Erhöhung des Beitrags um 10 Pf. pro Woche halten wir für angebracht.“

Alsdann wurde noch eine zweite Resolution angenommen, die lautet: „Die Generalversammlung wolle bestimmte Direktiven geben, wie sich die Mitglieder des Verbandes zur Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Siedel Hamburg, zu verhalten haben.“

**Wormberg.** Am 20. Januar fand im Livoli die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Kollege Köhler-Stettin referierte über die Einführung der Krankenzuschüsse im Metallarbeiter-Verband. Er führte in dreiviertelstündiger Rede den Mitgliedern vor Augen, wie notwendig es ist, das Unterstützungswesen weiter auszubauen. Durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung habe der Verband an Mitgliedern zugenommen, durch eine Krankenzuschußklasse werde er sich noch weiter heben. Es wurden an den Referenten verschiedene Fragen gestellt und von ihm richtig beantwortet. Das Abstimmungsresultat war, daß die Einführung der Krankenzuschußkassen einstimmig angenommen wurde.

**Fierlohn.** Die am 11. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Dieselbe nahm nach eingehender Diskussion über die Einführung der Krankenunterstützung im Verband folgende Resolution an:

„Die heute am 11. Januar tagende gutbesuchte Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Fierlohn erklärt sich im Prinzip für die Einführung einer Krankenunterstützung im Verband, hält aber den Vorschlag des Vorstandes den heutigen Verhältnissen in keiner Weise angemessen. Gerade wir Metallarbeiter haben das größte Interesse daran, daß sich die Krankenunterstützung der Invalidenversicherung angleichert. Außerdem werden durch den Vorstandsvorschlag Tausende von Verbandsmitgliedern, die der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter angehören, aufs schwerste geschädigt, wenn nicht gar aus dem Verband gedrängt. Die heutige Versammlung hofft und erwartet von der Generalversammlung, daß sie Mittel und Wege finden wird, um eine Krankenunterstützung einzuführen, die den heutigen sozialen Verhältnissen entspricht.“

**Waltershausen-Friedrichsroda.** Die Einführung der Krankenunterstützung war die Tagesordnung der am 11. Januar stattgefundenen Versammlung der Verwaltungsstelle Waltershausen-Friedrichsroda, die zahlreich besucht war und in der sich die Kollegen sämtlich gegen die beschriebene Einführung der Krankenunterstützung, jedoch für weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung aussprachen. Gebührt bedauert wurde, daß die Kollegen in den größeren Städten die Verhältnisse der Kollegen an kleineren Orten so wenig berücksichtigen, für die eine Beitragserhöhung auf 50 Pf. viel mehr bedeutet als für jene. Die von der Generalversammlung der Metallarbeiter-Krankenkasse gefassten Beschlüsse taubeln auch wir, hoffen aber, bei der nächsten Generalversammlung ein anderes Bild zu erhalten. Wir ersuchen die Kollegen, die Mitglieder der Kasse sind, darauf hinzuwirken. Daß die Arbeitslosenunterstützung höchst ungenügend ist, werden wohl alle Kollegen zugeben, ebenso auch, daß die meisten, speziell die verheirateten Kollegen, gegen Krankheit genügend versichert sind. Wir können uns nicht dafür erwärmen, daß wir jetzt schon wieder zu den bereits bestehenden Unterstützungszweigen einen neuen hinzufügen, von denen dann, trotz der hohen Beiträge, keiner genügt. Und dies bloß deshalb, um die Metallarbeiter-Krankenkasse überflüssig zu machen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute, 11. Januar, im Gasthof zum Wörm tagende Versammlung der Verwaltungsstelle Waltershausen-Friedrichsroda protestiert energisch gegen die Einführung der Krankenunterstützung im Verband, so lange die Arbeitslosenunterstützung nicht weiter ausgebaut ist, da es den Kollegen eher möglich ist, sich gegen Krankheit genügend zu versichern, als im Fall der Arbeitslosigkeit sich über Wasser zu halten. Einer geringen Beitragserhöhung, die sich beim Ausbau derselben nötig macht, vielleicht auf 35 bis 40 Pf., stimmt die Versammlung in anbetragt des besseren Zweckes bei.“

**Vom Bremer Vulkan.**

In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges drückt das Kapital in recht fühlbarer Weise auf die Arbeiter in Form von Lohnkürzung, Unterdrückung der Organisation und Schikanierungen aller Art. So auch in Vegesack. Es ist unglücklich, was einzelne Kreaturen in diesem Fache leisten. Durch die bedeutende Vergrößerung der Werft war dem Bremer Vulkan Gelegenheit gegeben, dieses System der Arbeiterbedrückung ganz besonders zu pflegen und einige Schlappen wett zu machen. Hierzu wurde ein Meister, namens Böge, engagiert, der schon in Bremen unglückliche Selbsttäter vollbracht hatte. Es ist ihm dort nahezu gelungen, die Organisation der Mieter und Stemmer der Altkriegsgesellschaft Weser zu ruinieren. Gleich bei seinem Antritt reduzierte B. die Altkriegslöhne um 25 Prozent. Wehe dem Arbeiter, der nicht die Kraft hatte, bei den neuen Sätzen wenigstens den Taglohn herauszuschlagen; der wurde bei dem kleinsten Vergehen aufs Pfahler gesetzt. Alles Vorstelligen des Arbeiterausschusses führte zu keinem Resultat. Die Direktion erklärte ganz einfach, durch die verbesserten technischen Einrichtungen sei das notwendig geworden. Oder glaubten die Mieter, man hätte eine halbe Million da hineingesteckt, nur zu ihrer Bequemlichkeit? — Die ganze neue technische Einrichtung besteht in einem Lauf- oder sogenannten Helgentrahn, der zu gleicher Zeit zwei Schiffe bedienen kann. Er kostet eine halbe Million Mark. Ein Fachmann wird wohl wissen, daß dadurch dem Mieter die Arbeit nicht leichter gemacht wird, den Vorteil hat nur die Werft. Und als zweiten Grund für die Reduktion stellte man ein Exemplar von Mutterarbeiter vor, der in Bremen als „Millionen“- oder „Vleist“-Mieter bekannt ist. Es ist das ein ehemaliger Kumpan des neuen Meisters. Dieser Arbeiter hat laut Lohnbuch über 30 Prozent über den Lohn verdient. Ob der Meister für seinen treuen Diener mit dem Vleist Mieter genietet hat, entzieht sich unserer Kenntnis. (Böge hat seinerzeit in Bremen 150 000 Mietern zu einem Schiffe mehr verrechnet, als wirklich zur Ausgabe gelangten; daher der Name „Millionen“- oder „Vleist“-Mieter.)

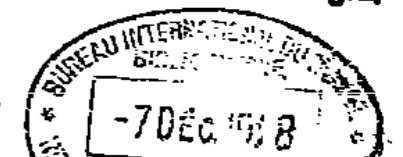
Da Meister Böge wohl unsere starke Organisation fürchtete, zog er die herliche Arbeitsordnung zu Rate, und fand denn auch glücklich 25 Strafparagrafen, die für jeden Fall zurecht geschritten sind. Ein Kollege (Mieter) wurde entlassen, angeblich wegen zu langem „Herumbummeln“ auf der Werft. Er hatte 20 Minuten zum Nietenholen für vier Kolonnen gebraucht. Es gelang der Arbeiterschaft, ihn dort wieder in Arbeit zu bringen. Jetzt kam es anders: alle diejenigen, die in Lohn arbeiteten, bekamen die Entlassung wegen ungenügender Arbeitsleistung. Es waren das fünf Mann. Als alle Wege uns abgeschnitten waren, um zu unserem Rechte zu kommen, wurde die Sperre für Mieter und Stemmer verhängt, welche Maßregel sich ganz gut bewährt. Die Direktion erklärte, wenn die Sperre binnen drei Tagen nicht aufgehoben würde, müßte sie sämtliche Mieter und Stemmer entlassen. Doch die Sperre blieb bestehen, und Entlassungen fanden auch nicht statt.

Da die Verteilung mit dieser Branche nicht fertig werden konnte, aber auf alle Fälle ihr Milchken lühen mußte, so wurde die Schiffschlosserei in ihrem Sinne gesäubert, da diese Arbeiter besonders viel auf dem Kernholz hatten. Anfangs Dezember wurde in der Schiffschlosserei die Überkunderarbeit von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends eingeführt, womit sich die Arbeiter allerdings nicht einverstanden erklären konnten und auch erreichten, daß nur bis 9 Uhr gearbeitet wurde. Zwei Tage darauf wurden drei Mann ohne Grund entlassen; am anderen Tage legten sämtliche Schlosser die Arbeit nieder. Nach fünfständigem Zustand erreichten sie die Wiedereinstellung der Entlassenen. Auf einen anderen Wunsch, keine Entlassungen nach Fertigstellung des Schiffes vorzunehmen, versicherte der Ingenieur, daß, wenn irgend möglich, alles beim alten bliebe. Ja, die Schiffschlosser hatten Beschluß gefaßt, sich eventuell gerne eine Arbeitszeitverkürzung gefallen zu lassen. Vorher hatten sie eine Zusicherung auf eventuelle Lohnaufbesserung erhalten, aber nur für diejenigen, die unter 30 Pf. bekommen. Es waren dies eine ganze Anzahl mit 27, 28 und 29 Pf. Stundenlohn. Daß bei solchen Löhnen auch ein lediger Arbeiter nicht existieren kann, gestand die Direktion, vom Arbeiterschutz in die Enge getrieben, denn auch zu versprach, eine Regelung eintreten zu lassen. Wie diese Regelung aussah, erfahren wir aus den Lokalfesten. Bei mehreren war eine Zulage angegeben, der Herr Direktor hatte sie aber einfach herabgeschritten, mit der Motivierung: er könnte mehr Schlosser für den Lohn bekommen als nötig wären. Auch um die Werft konkurrenzfähig zu halten, wäre es augenblicklich unmöglich, so viel Lohn zu zahlen. Dagegen halte man sich vor Augen, daß im vorigen Betriebsjahr eine Dividende von 12 Prozent ausgeschüttet wurde. Und bei solchen Dividenden soll ein Betrieb nicht — konkurrenzfähig sein!

Diese Werkstat ist der Obhut des Meisters Nilßen vor anderthalb Jahren übertragen worden, von dem böse Menschen wissen wollen, er wäre in früheren Jahren als Bauhandlanger tätig gewesen. Von einem Stamm eingearbeiteter Leute kann bei ihm nicht die Rede sein, denn die scheint er zu fürchten; er schafft am liebsten mit jüngeren Arbeitern, die gelegentlich von ihm als „schnobderige Jungens“ bezeichnet werden. Seine hauptsächlichste Tätigkeit besteht darin, daß er die „führenden Elemente“ in Erfahrung zu bringen sucht, was ihm gewöhnlich gelingt. Zweimal im letzten Sommer wurden die Werkstatkassierer ohne Grund entlassen, trotz der Zusicherung der Direktion, daß die Organisationen auf der Werft geduldet würden. Wir haben auch hier wieder gesehen, was man von derartigen Versprechen zu halten hat. Weiter sucht dieser Meister Nilßen dadurch Uneinigkeit zu stiften, daß er ungelerten Arbeitern Stundenlöhne von 33 Pf. bezahlt, während die Mehrzahl der Schlosser mit 29, 30 und 31 Pf. zufrieden sein muß. Dreher stellt er mit 32 Pf. ein, während im Maschinenbau ein Minimallohn von 34 Pf. besteht!

Am 6. Januar führte Meister Nilßen wieder eines seiner Branourfütchen auf, er entließ 20 Mann wegen — momentanem Arbeitsmangel. Nach seiner Aussage wären es die schlechtesten und faulsten gewesen, doch haben wir zirkeln zehn Zeugnisse zu Gesicht bekommen, die gerade das Gegenteil von dem beweisen. Auffälligerweise waren es die führenden und agitatorisch am meisten wirkenden Kollegen, die von der Entlassung betroffen wurden. Wie es mit dem Arbeitsmangel aussieht, erhellt die Tatsache, daß die Werft acht größere Schiffe im Bau hat. Doch die Arbeiterschaft wird dieses Vorgehen der Betriebsleitung nicht vergessen. (Die in dieser Werkstat beschäftigten dänischen Kollegen möchten wir ermahnen, doch unsere Versammlungen besser zu besuchen.)

Wie es in den beiden behandelten Branchen aussieht, so oder ähnlich sieht's auch in den anderen Betrieben. Für heute wollen wir die Verhältnisse in der Dreherei, da wir dazu gezwungen werden, etwas näher schildern. Die Dreher hatten bis vor kurzem noch eine ganz gute Behandlung seitens des Meisters, seitdem aber der Vertrauensmann der Dreher zum Meister avancierte und nach Antwerpen geschickt wurde, dachte auch Meister S., daß seine Zeit gekommen sei. Durch Neubau war die Dreherei bedeutend vergrößert. Damit die Kosten dafür schneller wieder zusammengegriffen werden konnten, wurde das Zweitanksystem „zur Probe“ eingeführt. Einem Kollegen, dem die Arbeit übertragen wurde, war es unmöglich, nach des Meisters Anweisung die beiden Ränke zu bedienen; er arbeitete daher nach seiner Praxis, wofür er mit einer Strafe von 2 Mk. bestraft wurde. Zur Begründung führte der Meister aus: wenn seine Anweisung auch nicht richtig wäre, so hätte der Dreher doch seine Befehle zu befolgen. Einem anderen Kollegen,



dem diese Arbeit nun übergeben wurde, und der schon eine ganze Reihe von Jahren zur Zufriedenheit des Meisters gearbeitet hat...

In dem Neubau, auf den die Zeitung ungeheuer stolz ist, fehlt noch jede Heizung. In der ersten Zeit wurde ein ganz kaltes Lager ein offener Kalkofen von circa drei Meter Umfang aufgestellt...

Am allem die Krone aufzuheben, durfte die Affordreduzierung nicht fehlen. Und sie kam, erst langsam, 20 bis 30 Prozent, dann stärker...

Aus all dem Angeführten werden die Kollegen sämtlicher Branchen wohl ersehen können, was ihnen bevorsteht, wenn sie etwa hier in Arbeit treten...

Die Metallindustrie in Mainz 1902.

Beleuchtungsindustrie.

Diese hatte schon im Jahre 1901 einen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen, der bis Ende Juni 1902 anhält. Von da ab ist ein kleiner Aufschwung bemerkbar...

Table with columns: Firma, 1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober, 1. Dezember. Rows include various firms like 'Sach', 'Gasapparate u. Supwerte', etc.

Gold- und Silberfabrikation.

Der Geschäftsgang ist ein normaler geblieben, es traten nur teilweise Arbeitszeitverkürzungen ein. In der Saison wurden Überstunden geleistet und zwar bis zu 5 Stunden pro Woche...

1901 206 männliche, 44 weibliche, 45 Lehrlinge

1902 216 " " " " " "

Gasmesserfabrik.

Es machte sich im ersten Halbjahr eine Geschäftsflaute bemerkbar, bedeutende Entlassungen sowie Arbeitszeitverkürzungen waren die Folge...

ersten Halbjahr 1901 208 Arbeiter

1902 191 " " " " " "

zweiten " 1901 195 " " " " " "

1902 216 " " " " " "

In diesen Betrieben ist 9 1/2-stündige Arbeitszeit, die Überstunden werden mit 33 1/3 Prozent vergütet. Ferner besteht das Kolonnen-system.

Eisengießerei.

Auch hier trat im ersten halben Jahre eine Geschäftsflaute ein, die Entlassungen und Arbeitszeitverkürzungen zur Folge hatte. Anfangs Juni trat ein Aufschwung ein...

ersten Halbjahr 1901 147 Arbeiter

1902 88 " " " " " "

zweiten " 1901 122 " " " " " "

1902 95 " " " " " "

Maschinenfabriken.

Es existieren 4 Betriebe. Bis 1. April war eine Geschäftsflaute bemerkbar, Entlassungen erfolgten. Die Arbeitszeit blieb dieselbe...

Heizungsanlage.

Dieser eine Betrieb hatte nur kleine Schwankungen zu verzeichnen und sind keine besonderen Betriebsänderungen vorgekommen. Die Arbeitszeit ist 9 1/2 Stunden...

Spenglereien (Zinnung).

Von den 45 Betrieben beschäftigten nur 15 Gesellen. Der Geschäftsgang hat sich durch die Bautätigkeit auf ziemlich hohe gehalten, es fanden Neueinstellungen statt...

ersten Halbjahr 1901 47 Arbeiter, 8 Lehrlinge

1902 108 " " " " " "

zweiten " 1901 57 " " " " " "

1902 106 " " " " " "

Installationsgeschäfte.

Auch diese hatten einen gutgehenden Geschäftsgang, der auch teilweise Überstunden erforderte. Die Arbeitszeit ist 10 Stunden, Überstunden werden nicht vergütet...

ersten Halbjahr 1901 57 Arbeiter, 8 Lehrlinge

1902 108 " " " " " "

zweiten " 1901 57 " " " " " "

1902 59 " " " " " "

Schlossereien (Zinnung).

Von den 52 Betrieben beschäftigten 36 Gesellen. Auch hier war durch die Bautätigkeit der Geschäftsgang gut geblieben. Der Zuzug von Gesellen hat schädlich auf die Lage der Anfassigen gewirkt...

ersten Halbjahr 1901 235 Gesellen, 99 Lehrlinge

1902 195 " " " " " "

zweiten " 1901 241 " " " " " "

1902 206 " " " " " "

Die Zahl der Lehrlinge ist in Wirklichkeit noch größer, jedoch in den Betrieben ohne Gesellen schwer festzustellen. Die Arbeitszeit ist 9 1/2 Stunden...

Die verschiedenen anderen kleinen Betriebe, wie Kupferschmiede, Schmiede, Mechaniker, Drückereien, Drehereien, Elektrotechnik etc. hatten Schwankungen zu verzeichnen...

Es haben somit einzelne Betriebe schwer unter dem Druck des Geschäftsniederganges zu leiden gehabt, ganz besonders hat man es verstanden, die Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen...

Antenstehende Statistik gibt einen Überblick über die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt in Mainz. Bei diesen Verschiebungen mußte die Verwaltung ihr ganzes Augenmerk darauf richten...

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Metallindustrie 1902:

Table with columns: Betriebe, vom 1. Jan. bis 1. April, vom 1. April bis 1. Juli, vom 1. Juli bis 1. Okt., vom 1. Okt. bis 31. Dez. Rows include Beleuchtungsindustrie, Gold- u. Silberfabrikation, etc.

Bei den Arbeiterinnen dieser Branche war die Zahl der Beschäftigten in den hier angegebenen vier Zeitabschnitten: 1902: 11 (1901: 16), 10 (12), 6 (9), 6 (7).

Zurück kommen noch circa 300 Metallarbeiter, die in Brauereien, Salzwasserwerken, Gemeindefabriken etc. beschäftigt sind, worüber uns jede Kontrolle fehlt.

Aus der Schramberger Uhrenindustrie.

Ein neues Jahr hat seinen Anfang genommen. In der Form weiterer Lohnkürzungen entbieten die Schramberger Uhrenfabriken den Arbeitern ihren Neujahrsgruß. Die Uhrenindustrie blieb von der allgemeinen Industriekrise ziemlich verschont...

Und weshalb sollten die Herren Fabrikanten ihre Praktiken nicht weiter über? Warum sollten sie nicht mit jedem Jahre noch höhere Geschäftsgewinne auf Kosten der Lebenshaltung des Uhrenindustrieproletariats einführen?...

Während die Lebenshaltung der Uhrenarbeiter auf das denkbar tiefste Niveau herabgesunken ist, steht die überwiegende Majorität derselben abseits der Organisationen...

Bruderbundes, dessen Macht allein im Stande sein wird, auch um Uhrenarbeitern eine bessere Zukunft zu erkämpfen. Die lange noch soll die Zeit in unnützer Vereinsmeierei verbracht werden?...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der mit Ende 1902 angebrachten Mitgliedsbücher eruchen wir die Bestellungen so zeitig vorzunehmen, daß die Ausfertigung der betreffenden Nummern keinen Aufschub erleidet...

Wir ersuchen die Mitglieder, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern und bemerken dazu, daß die Ausfertigung von zweiten Mitgliedsbüchern nur innerhalb des ersten Quartals 1903...

Wegen vielfach eingehender Reklamationen zweiter Bücher teilen wir mit, daß die Bestellungen sehr zahlreich sind und deshalb auch nicht sofort erledigt werden können.

Für Bestellungen auf zweite Bücher, Verbandsmaterialbestellungen, Mitteilungen an die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, oder Bestellungen von Zeitungen bei der Expedition, sowie Zuschriften an die Buchdruckerei 'Alexander Schilde & Co.', eruchen wir, stets ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Bei Nichtbeachtung dieser Mahnung haben sich die Einlieferer es selbst zuzuschreiben, wenn dieser oder jener ihrer Wünsche unerledigt bleibt.

Den Bestellern von Metallarbeiterkalendern diene zur Nachricht, daß die zweite Auflage vergriffen ist und weitere Bestellungen, da sich die Herausgabe einer dritten Auflage nicht mehr verlohnt, nicht erledigt werden können.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet...

Aus dem Verband ausgeschlossen werden nach § 8 Absatz 7 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Burg: der Former Karl Lehmann, geb. am 20. März 1878...

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: der Dreher Paul Gaedele, geb. am 17. Juni 1866 zu Berlin, Buch-Nr. 501345, wegen unfollegialisches Verhaltens.

Nicht wieder aufgenommen werden darf auf Antrag der Verwaltungsstelle in Sagen: der Schlosser Adolf Guroß, geboren am 17. April 1870 zu Watterdungen, Buch-Nr. ????, wegen unfollegialisches Verhaltens.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bzw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben...

Dem Dreher Erich Frank, geb. am 13. Oktober 1880 in Radowitz, Buch No. 510712, nach dem von der Verwaltungsstelle in Posen gestellten Antrag, Unterbringung von Verbandsgeldern betr.

Dem Dreher Karl Kehl, geboren am ? zu ?, Buch Nr. 432531, nach dem von der Verwaltung in Watterdungen gestellten Antrag, Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Gewarnt wird vor dem Klempner Ernst Kopalawis, geb. am 12. März 1881, wegen Zerschneiderei.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

von Feilenhauern nach Breslau (Willens); von Feingoldschlagern nach Dresden, Nürnberg und Schwabach (besonders von den Werkstätten R. Hüttner, Hunger); von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Altenburg (S. A.), Blankenburg, Kriebel und Sorge a. Park (Hanser Werke) W.; Chemnitz (Vogt) D.; Reutlingen (Hafle) Str.; Solingen (Wooß) A.; Reiffe (Hahn & Kopplov) W.

Aus den Agitationsbezirken.

Nordwest-Deutschland.

Unterzeichneter beruft im Auftrag der Agitationskommission des Bezirkes Bremen auf Sonntag den 15. März d. J., vormittags 10 Uhr, in das Lokal des Herrn G. Wehrkamp, Kurwischstr. 28, in Oldenburg eine Konferenz ein.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vertrauensmanns; 2. Stellungnahme zur Generalversammlung; 3. Anträge der Verwaltungsstellen; 4. Verschiedenes.

Ich erlaube, sämtliche Anträge sowie die Mandate bis spätestens zum 1. März einzuwickeln zu wollen.

Mit kollegialem Gruß!

Otto Windhövel, Bremen, Gr. Johannisstr. 30, I.

IV. Bezirk (Königreich Sachsen und Thüringen).

Auf Beschluss der Korrespondenten und Gaukommission und nach erfolgter Zustimmung des Vorstandes soll am 15. März, vormittags 1/11 Uhr, im Restaurant zur „Hoffnung“ in Chemnitz, Untere Georgenstr. 1, eine Bezirkskonferenz für den vierten Gau stattfinden.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Stellungnahme zur Anstellung eines Bezirksleiters; 2. Die bevorstehende Generalversammlung; 3. Verschiedenes.

Uffertiger Beteiligung entgegengehend, zeichnet mit kollegialem Gruß Die Gaukommission, i. V. D. Heide, Leipzig.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Ludwigshafen a. Rh. Die Firma Renner & Sigwart hat es schon seit Jahren verstanden, Feilenhauer auf jede Art und Weise an sich zu locken. Der jetzige Geschäftsgang ist ja zu derartigen Manipulationen angetan. Der Inhaber dieser Feilenfabrik, Herr Sigwart, hat von der Feilenindustrie absolut kein Verständnis.

Jahrze O.-S. Bezugnehmend auf die Ausführungen von Schönfelder in Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Feilenhauer in Oberschlesien muß ich erwidern, daß es doch nicht so schlimm ist, wie der Einsender des Artikels schreibt, der entweder aus völliger Unkenntnis der Verhältnisse oder aus purer Geizgier berichtet hat.

Georg Jakob, Feilenhauer, Vertrauensmann für Jahrze und Gleiwitz.

Formner.

Miel. Die am 25. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung war gut besucht. Es wurde beantragt, vom Kasienbestand (Mk. 168,96) 100 Mk. auf die Sparrasse zu geben. Eine sehr lange Debatte entspann sich über die Stellungnahme zum Formnerkongreß, wozu ein Aufbruch der Berliner Agitationskommission erschienen war.

Berliner Formner einverstanden. Weiter wurde noch der Antrag angenommen, den Aufruf der Berliner Agitationskommission in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt zu geben sowie Vorschläge zu machen, in welcher Weise die Wahl der Delegierten vorzunehmen ist.

Sollingen. Der Streik bei der Firma Wook (Fab. Stöcker) dauert unverändert fort. Die verzweifeltsten Anstrengungen gehen von ihm aus, um die Solidarität der Formner zu brechen. Ein Schlosser Köster, ein ständiger „Arbeitswilliger“ Fritz Siger à la Wüstemann und der Modellausgeber Kraß sekundieren Herrn Stöcker auf der Suche nach Arbeitswilligen, bisher ohne nennenswerten Erfolg.

Klempner.

Stettin. Zugung von Klempnern ist fernzuhalten.

Metallarbeiter.

Mugsburg. Gemütlichkeit. Ein sehr empfehlenswerter Herr Prinzipal scheint Herr Holzhäner, Inhaber der Firma Gebr. Holzhäner, Maschinenfabrik an der Göggingerstraße, zu sein. Wir beschäftigten uns schon wiederholt mit diesem Herrn wegen seines Benehmens gegen die Arbeiter und sind heute in der Lage, noch einen krasserem Fall anzuführen zu müssen.

Frankfurt a. M.-Vordensheim. In unserer am 18. Januar abgehaltenen Hauptversammlung konnte ein günstiger Geschäftsbericht vorgelegt werden. Trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit stieg die Mitgliederzahl im letzten halben Jahre um über 700, so daß es endlich möglich war, mit mehr als 20000 Beiträgen im letzten Quartal abzuschließen.

Freising. Wir haben hier am Orte sehr unter der Agitation der christlich-sozialen Metallarbeiter zu leiden. Die Sache liegt so: Hier sind die Mitglieder des christlichen Verbandes meist ältere Leute, die in der Werkstatt die jüngeren zu helfen haben.

Heilbronn. Vom Süddeutschen Kammerarbeit Sonthheim-Heilbronn ist Zugung von Metallarbeitern sämtlicher Branchen fernzuhalten.

Koblenz-Kucendorf. In der hiesigen Obstproduktindustrie A.-G. ist seit kurzer Zeit ein neuer Emailiermeister Vierkant eingezogen. Er schikaniert die Arbeiter auf alle Art und Weise, kein Auftrager kann nach seiner Aussage auftragen.

Lüdenscheid. Bei Gebrüder Mölle haben die Schleifer die Arbeit niedergelegt. Zugung fernzuhalten. Bericht folgt.

Nürnberg. Jahresbericht der allgemeinen Verwaltungsstelle. In verflorenen Geschäftsjahre fanden 24 Mitgliederversammlungen statt, in 15 derselben wurden Vorträge gehalten. Es sprach über die Bedeutung des Arbeitsvertrags und über die staatliche Arbeitslosenversicherung der Kollege Rudolph, über die Konstitution der Gewerkschaften und über Grenzfragen in den Gewerkschaften Kollege Käpfer; die Inquisition in Spanien und Beiträge zur Entwicklung der Naturerkenntnis behandelte Kollege Weiß; den Wert der Konsumvereine für die Arbeiter und die Geschichte der englischen Gartenbewegung schilderte Genosse Kölle.

Sprechung von organisierten und agitativen Maßnahmen noch 88 Gesuche nach § 2 b vor. Davon wurden 82 dem Hauptvorstand zur Befürwortung überlassen. In 8 Fällen wurde die Entscheidung dem Hauptvorstand überlassen. In den 8 anderen Fällen konnte sich die Verwaltung von einer Mollage im Sinne der § 2 b nicht überzeugen. Die meisten Fälle betrafen Mollage wegen ungenügender Krankenversicherung.

Mitgliederbewegung:

Table with columns: Zugang, Mannl., Weibl., Abgang, Mannl., Weibl. Data includes figures for Jan 1902, Zugewonnen, Abgetreten, etc.

Abgleichung:

Table with columns: Zugang, Mannlich, Weiblich, Abgang, Mannlich, Weiblich. Shows balance figures for 3779 and 899.

Die Zunahme beträgt somit einschließlich der übergetretenen Sektionen 589 männliche und 24 weibliche Mitglieder. Werden die von anderen Sektionen übergetretenen Mitglieder - 302 männliche und 10 weibliche - hiervon in Abzug gebracht, so verbleibt ein Mitgliederzuwachs von 287 männlichen und 24 weiblichen.

Stuttgart. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt im Januar ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Kassier Pfeiffer den Kassensbericht gegeben hatte und demselben Decharge erteilt war, besprach der Vorsitzende den Jahresbericht, welcher gedruckt vorlag. Das verflorenen Jahr war für die Metallarbeiter Stuttgarts das schlechteste, welches seit Eintreten der Krise zu verzeichnen war.

Lüdenscheid. Bei Gebrüder Mölle haben die Schleifer die Arbeit niedergelegt. Zugung fernzuhalten. Bericht folgt. Nürnberg. Jahresbericht der allgemeinen Verwaltungsstelle. In verflorenen Geschäftsjahre fanden 24 Mitgliederversammlungen statt, in 15 derselben wurden Vorträge gehalten.

**Kattfand.** Als Beisitzer in den Hauptvorstand wurde Kollege A. Scholz gewählt. — Zu ersten Differenzen war es im vergangenen Jahre außer einigen Entlassungen infolge der Maßfeier nicht gekommen. — Die Agitationstätigkeit war eine äußerst rege. Es haben 203 Werkstatt-, Branchen-, sonstige Versammlungen und Sitzungen stattgefunden. In ansehnlicher Zahl ist allerdings der Mitgliederzuwachs von 160 gering. Bei Beginn des vorigen Jahres war der Mitgliederbestand 1199 männliche, 14 weibliche Mitglieder; Bestand am Schlusse des vierten Quartals 1902: 1849 männliche, 17 weibliche Mitglieder. — Eine Gegenüberstellung der beanpruchten Ortsunterstützung des Jahres 1902 zu dem Vorjahr 1901 zeigt uns die Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Summe der ausbezahlten Unterstützung. An Ortsunterstützung wurde in den beiden Jahren verausgabt: 1901: 1199,82 Mk., 1902: 2799,94 Mk., also 1902 eine Mehrausgabe von 1599,82 Mk. Trotz der allgemeinen schlechten Geschäftsverhältnisse ist die Beitragsleistung eine befriedigende gewesen. Nach dem Mitgliederbestand von 1849 Mitgliedern, die am Schlusse des vierten Quartals vorhanden waren, berechnet, ergibt sich eine durchschnittliche Leistung von 46 Beiträgen pro männliches Mitglied. Die Gesamteinnahmen für die Hauptkasse stellten sich auf 20875,42 Mk.

**Urdingen.** Am 18. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die von den Kirch-Dunderschen einberufen war. Als Referent war Ziegler aus Dilsdorf erschienen, der über: „Auf welchem Wege ist es dem Arbeiter möglich, seine Lage zu verbessern?“ referierte. Ziegler hob gleich hervor, daß er uns kein langes Referat halten wolle, um eine ausgiebige Diskussion herbeizuführen. Sein Vortrag gipfelte darin, daß die Organisationen Hand in Hand gehen müßten. Kollege Busch vom Deutschen Metallarbeiter-Verband geißelte das Verhalten der Kirch-Dunderschen Gewerksvereine, namentlich das des Ortsvereins Urdingen, der alles andere tue, als die Interessen der Metallarbeiter zu wahren. Dafür sei er jetzt auch auf 12 Männlein zusammengedrumpft, und habe seine neuangeschaffte Fahne auf dem Speicher liegen. Da Ziegler gesagt hatte, daß die Organisationen in wirtschaftlichen Fragen Hand in Hand gehen sollten, erinnerte unser Bevollmächtigter daran, daß er bereits die Ortsverwaltung des hiesigen Gewerksvereins zu einer gemeinschaftlichen Sitzung schriftlich eingeladen hatte, um Stellung zu dem Wucherertag zu nehmen. Aber die Herren glänzten durch Abwesenheit. Der Referent gab in seinem Schlusswort zu, daß der Anwalt Kirch auch manche Fehler begangen hätte, er (Ziegler) wüßte aber, wie eine Organisation vertreten werden müßte. Den hiesigen Kollegen wurde es an dieser Stelle gesagt sein, daß wir ganz energisch zur Verteidigung unserer Interessen zusammenhalten müssen. — Es ist doch in letzter Zeit vorgekommen, daß einige Former am Lohntag noch 48 Pfg. mitbringen mußten, um die Kranken- und Invaliditätsversicherungsbeiträge zahlen zu können. Auch die auswärtigen Kollegen wollen bedenken, daß hier nur zwei Mark Lohn pro Tag bezahlt werden.

**Solingen.** Eine Enttäuschung seltener Art wurde der Firma Weyerberg, Kirchbaum & Co. zu teil, die vielleicht weniger schmerzhaft wirken wird, weil der Direktor Windmüller der Köln-Lindenthaler Fahrradwerke dabei ebenfalls einen „Reinfall“ erleben mußte. Herr Windmüller glaubte nämlich, sich in Solinger Arbeitswillige holen zu können. Mehrwürdigerweise hatten sich, allen voran, der Obermeister Wischel und etliche Vorarbeiter bereit gezeigt, in Lindenthal einzutreten. Um den Abschied eines besonderen Freundes der Betriebsleitung und des Obermeisters würdiger zu begehen (der Möbelwagen stand schon vor der Tür), machte sich jemand die Mühe, der Polizei gewisse Hinweise zu erteilen; in letzter Minute wurde eine Hausdurchsuchung bei dem Italiener Piccoli vorgenommen und — ein ganzer Berg gestohlener Gegenstände, von den kleinsten Gegenständen bis zu ganzen Fahrrädern zu Tage gefördert. Sechs Jahre hatte Piccoli die erhabene Rolle eines besonders Bevorzugten gewissen und stets und in allem liebesvolles Verhältnis des Direktors gefunden, sehr zum Schaden der übrigen Arbeiterschaft. — Die hiesige Ortsverwaltung ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen, Front gegen die bei Weyerberg, Kirchbaum & Co. bestehenden Zustände zu machen. Am 24. Januar fand auf der Tagesordnung: Die Diebstahle bei der Firma Weyerberg, Kirchbaum & Co. Nachdem zunächst Sandler ein Referat über diesen Punkt gegeben, wurde festgestellt, daß der verhaftete Italiener Piccoli jederzeit Zutritt zum Arztkontor des Direktors Dippmann gehabt und demzufolge die Diebstahle mit Leichtigkeit begehen konnte. Ferner soll Dippmann noch kurz vor der Verhaftung des Diebs feierlich erklärt haben: Auf die Ehrlichkeit meiner Meister schwöre ich einen Eid! Dagegen wurden die Arbeiter bei jeder Gelegenheit verdächtigt und als Diebe angesehen. Welchen Wert übrigens die Neben des Herrn Direktors Dippmann hätten, läßt man daraus ersehen, daß das vor zwei Jahren anlässlich der Ausperrung von 95 Arbeitern gewählte Streikkomitee, trotz der Aussprüche des Herrn Direktors, kein Arbeiter wurde gemahnt, bis heute noch nicht wieder eingestellt wurde, wie vermutet wird aus dem Grunde, weil es damals schon auf verschiedene Unterstellungen von Seiten der Meister aufmerksam machte. Bei einer, während der Aussperrung stattgefundenen Lohnforderungsfrage vor dem Gewerbegericht erklärte ein Meister, die vorgelegten Lohnzettel könnten auch „abhanden gekommen“ sein. Derartige Verleumdungen der Arbeiter glaubte man sich angeeignet erlauben zu können. Es weiteren wurde in der Versammlung von einigen Kollegen lebhaft dagegen protestiert, daß dieselben Leute aus Anlaß dieser Tagesordnung eracht hätten, einzelne Arbeiter der Fabrik zu demütigen, daß sie bei stattgehabener Versammlung arrangiert, um ihre Entlassung bei der Firma durchzusetzen.

**Selbert.** In der Mitgliederversammlung am 17. Januar erstattete Franzmann den Geschäftsbericht pro 1902. Die Stellenverhältnisse fanden 14 statt, die sich alle mit Lohnsdifferenzen beschäftigten, mit Abgaben von 10, 20, 30 bis 50 Prozent. Wegen mangelnder Organisation verließ alles resultatlos, nur bei der Firma Heringhaus erzielte die Former den alten Preis. Öffentliche Versammlungen fanden 12 statt, die sich ebenfalls mit den Abgaben beschäftigten. Die durchschnittliche Besucherzahl der 24 Mitglieder-Versammlungen betrug 45. Die Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Bezirke: Former 8, Feilenhauer 8, Dreher 10, Schleifer 54, Schmiedelocher 19, Stempelner 5, Stauer 5, Metallarbeiter 16, Hochmetallarbeiter 10, Schmelzer 4, Schmelzer 1, Schlosser 304. Die Einnahme im Jahre 1902 war: 487,42 Mk., die Ausgabe 488,19 Mk., darunter 3700 Mk. an die Hauptkasse; Bestand 104,33 Mk. Die Mitgliederzahl ist 495. Kollegen, noch ein Wort! So, wie bisher, kann es in Selbert nicht mehr weiter gehen, es muß Starckur eintreten, für die verlorenen Mitglieder muß wieder doppelt Ersatz geschaffen werden, und dieses kann geschehen, wenn die Kollegen Hand ans Werk legen.

**Bochums.** Recht eigenartige Mittel ergreift die Firma Paul Lochmann, indem er Scharzhölzer zum Lohnabzählen vorzunehmen. Scharzhölzer sind in langen verdrängten Arbeitern, die bisher im Lohn gearbeitet haben, gesagt, sie sollten von jetzt ab ihre Arbeit im „Stundlohn“ machen; gleichgültig, wann Herr Lochmann den Preis, den er dafür bezahlen wollte. Um ein Beispiel herauszugreifen, sei erwähnt, daß Herr Lochmann für ein Werk, zu dem ein Arbeiter mindestens einen Tag zum Zusammenbau gebraucht, 2,50 Mk. geboten hat. Auf den Vorhalt einiger Arbeiter, daß es ihnen unangenehm sei, für diesen Preis ihren bisherigen Stundenlohn zu verlieren, ließ Herr Lochmann kurz entschlossen seinen — man höre — eigenen Sohn sechs betrieblige Werke zusammensetzen, und ließ da, das Resultat sei für die Arbeiter so günstig aus, daß dieselben nur noch fünf Stunden, daß Herr Lochmann noch 2,50 Mk. gibt; denn Herr Lochmann ja, seine die sechs Werke in drei Tagen zusammen, hätte also pro Tag 5 Mk. verdient. Was nicht glänzt, zahlt einen Fehler. Man wird nun fragen, wie ist es möglich, daß das, was Herr Lochmann ja, sechs bringt, nicht auch die Arbeiter jetzt bringen? Die Lösung dieser Frage ist sehr leicht. Sollte nämlich Herr Lochmann ja, sechs, ja, sechs am Schweißofen sitzen und arbeiten, so wird er wohl nicht so langsam loslassen können, wie er es die drei Tage getan hat, und dann geht es bei einem Arbeiter nicht, daß er immer 2 bis 3 Schlingen laufen läßt, die ihn dies und jenes

holen. Der Arbeiter, der etwas gebraucht, muß sich das selber besorgen. Wollte ferner Herr Lochmann an eine Maschine, und es war ein Arbeiter daran, so mußte dieser weg und ihn an dieselbe lassen; ein anderer muß hübsch warten. Nun gibt es auch noch solche böse Menschen, die da sagen, daß es gar nicht ausgeschlossen sei, daß Herr Lochmann auch nach Feierabend gearbeitet habe, und zu alledem kommt noch hinzu, daß nach Angabe verschiedener Arbeiter die Werte in diesem Zustand gar nicht zu gebrauchen sind. Das sahen die Arbeiter wohl ein und verlangten für jedes Werk 4 Mk., eventuell Weiterzahlung des Stundenlohnes. Da kamen sie aber bei Herrn Lochmann schon an; einem Kollegen, der ihm dies vorhielt, erklärte er, wenn Sie die Werte nicht für 2,50 Mk. machen können, müssen Sie eben aufhören. Der Arbeiter ging. Es fand darauf an diesem Abend eine Werkstattbesprechung statt, in welcher eine Kommission gewählt wurde, die es Herrn Lochmann begreiflich machen sollte, daß es doch zu wenig sei, was er geben wolle, und daß sie die unter diesen Umständen erfolgte Entlassung des betreffenden Kollegen als Maßregelung betrachten. Der Kommission gelang es nun, Herr Lochmann zu überzeugen, daß es doch zu wenig sei, was er gebe, er legte noch etwas zu, die Entlassung des Kollegen konnte er nicht als Maßregelung ansehen, da der Arbeiter selber aufgehört habe, auch sei er ihm zu groß gekommen, indem er die Arbeit seines Sohnes als Murks bezeichnete. Et, ei, Herr Lochmann, wer wird so feinfühlig sein, hätten doch die Arbeiter eher Ursache über Ihre Grobheit zu klagen, oder gebühren Ausdrücke gegen die Arbeiter wie Rindvieh, Schaffkopf u. i. w. zum guten Ton der gebildeten Leute? Und wenn das keine Maßregelung sein soll, wie stellt sich dann Herr Lochmann eine solche vor? Argert es ihn vielleicht, daß der Arbeiter so viel Ehrgefühl besitzen hat, und seine Wege gegangen ist, nachdem ihm erklärt wurde, wenn Sie es für 2,50 Mk. nicht machen können, müssen Sie aufhören? Sollte er vielleicht sagen, nein, nein, Herr Lochmann, ich bin froh, daß ich bei Ihnen arbeiten darf? Nun, Herr Lochmann, kann darüber denken, wie er will, die Arbeiter betrachten es als Maßregelung und werden demzufolge darnach handeln, indem über die Sperre verhängt wird. Die Kollegen mögen dies heherzigen und den Zuzug nach der Fabrik Lochmannscher Wulstwerke „Original“ meiden.

### Schmiede.

**Nürnberg.** Wenn der diesjährige Jahresbericht noch ungünstiger lautet, als der vorige, so dürfen die Ursachen nicht außer Betracht gelassen werden. Die Folgen der Krise haben sich bei den Schmieden hier durch bedeutende Betriebseinschränkungen und Arbeitszeitverkürzungen der meisten Firmen wie nicht leicht in einer zweiten Stadt Süddeutschlands bemerkbar gemacht. Über 200 Schmiede wurden von den Unternehmern abgestoßen, von denen nur wenige wieder Beschäftigung erhalten konnten. Die Mehrzahl griff zum Wanderstab. Dem Bericht des Kassiers ist zu entnehmen: die Einnahme betrug 3975 Mk., die Ausgaben 3697 Mk. An Arbeitslose wurden 1604,11 Mk. bezahlt. Auch die Unterstützung nach § 2 c wurde in sechs Fällen mit 175 Mk. herangezogen. Der Mitgliederbestand war am Anfang des verfloffenen Jahres 476, am Ende desselben 274. Die Unterstützungssumme bei dem geringen Prozentsatz der organisierten Schmiede beweist schon, daß der Verband vor der größten Not steht. Trotzdem gibt es in Nürnberg eine Unmasse Schmiede, die von einer Organisation nichts wissen wollen, die nicht zu bewegen sind und ihre Ausbeutung durch die Unternehmer für richtig halten. Dagegen wird gefoch, durch Schwarzheerei vorwärts zu kommen. Gerade in einer der größten Fabriken hier konnten infolge dessen die Arbeiterpreise bis zu 20 Prozent reduziert werden, auch sonst herrschen trostlose Zustände in jener Werkstatt. — Erwähnenswert ist noch das Verhalten der Mitglieder des Zentralverbandes der Schmiede. Die extra mit paar hundert Mitglieder sind nicht so leicht zu gewinnen, wie die Gründer damals glaubten, deshalb verfuhr man, wo sich nur Gelegenheit bietet, unsere Mitglieder abzuwerben zu machen. In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß Verwaltungsratsmitglieder jenes Verbandes zu Mitgliedern von uns in die Wohnungen kamen, in deren Abwesenheit die Bücher einsogen und zum Übertritt verleiteten. Bei anderen Mitgliedern sagen die Zentralverbändler: Tretet doch zu uns über, hier zahlt ihr bloß 25 Pfg. Ein weiterer Fall ist vorgekommen, wo erklärt wurde: Tretet zu uns über, dann werden wir sorgen, daß ihr in diese oder jene Werkstatt kommt. Ein Teil der Kollegen ist noch zu rätselhaft, als daß sie diesem Treiben entgegenzutreten würden. Es gibt Leute, die ihre Organisation wechseln, ohne sich etwas dabei zu denken. Es wäre nichts einzuwenden, wenn die Zentralverbändler bemächtigt wären, die indifferenten Masse zu gewinnen. Da sie aber eine schädliche Agitation betreiben, sind wir veranlaßt, andere Maßregeln zu ergreifen, selbst auf die Gefahr hin, neue Entlassungskommissionen im „Bruder Schmied“ über uns ergehen lassen zu müssen. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß unsere Sektion in Nürnberg eine hübsche Anzahl alter Mitglieder aufzuweisen hat, die seit Befehlen des Verbandes diesem angehören. Ertreulicherweise tragen diese dazu bei, daß die Bäume der Zentralverbändler nicht in den Himmel wachsen.

### Haus der Metallindustrie.

#### Unwertartige Höhe der Roheisenproduktion Deutschlands.

Ein vielfach geradezu verblüffendes Ergebnis, schreibt Max Schipvel in seiner wirtschaftlichen Rundschau, zeigen die Jahreserwartungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. In Deutschland Reich (einschließlich Luxemburgs) wurden danach an Roheisen vom 1. Januar bis 31. Dezember 1902 produziert 8402600 Tonnen, gegen 7785387 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das verfloffene Jahr schließt sonach mit einer Mehrproduktion von über 600000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Es hat auch die Produktion von 1899 (8,14 Mill. Tonnen) noch beträchtlich überflügelt und wird nur von derjenigen des Jahres 1900 (9,520 Mill. Tonnen), als der bisher höchsten, übertroufen. „Daß die Produktion des abgelaufenen Jahres diese Höhe erreichen würde,“ — lesen wir in den Zeitungswiedergaben — „hat zu Anfang des Jahres kaum jemand vermutet. Die ersten Monate wiesen auch noch keine nennenswerten Steigerungen auf. Um die Mitte des Jahres traten jedoch beträchtliche Produktionssteigerungen zu Tage, und der Dezember hat die bisher überhaupt höchste Produktion aufzuweisen.“

Man wird hier noch mehrere Angaben abwarten müssen. Schon die deutsche Handelsstatistik gibt indes einen teilweise Aufschluß über dieses Resultat, das all den gewöhnlichen Krisenschilderungen widerspricht. Die Einfuhr von Roheisen ist nämlich, zweifellos infolge des schmalen Preiszusammenbruchs in Deutschland gegenüber günstigerer Preisbewegung in England und Amerika, rapid gestiegen; die Ausfuhr auf der anderen Seite hat man mit allen Mitteln forciert; so ist der Spielraum der Produktion trotz des zusammenfassenden Inlandsbedarfes dennoch ein günstigerer geblieben, als man ermuten konnte. Es betrug nämlich

Jahr	die Einfuhr	die Ausfuhr
1900	726712 t	129109 t
1901	267503 t	150447 t
1902	143040 t	347256 t

Die Mehrproduktion von 600000 t wäre demnach schon so ziemlich verbraucht, um den Abfall der Einfuhr auszugleichen. Dazu kommen aber 200000 t, die ins Ausland mehr abgeflossen sind; mindestens um gleichviel wäre also der Inlandsbedarf dennoch zurückgegangen. Wie mag sich nun oder weiter das Verhältnis der angekauften, nicht untergebrachten Vorräte gestalten haben? Wie stellt sich heute die Produktion zur Leistungsfähigkeit der Werke?

Krisis bleibt also auch hier Krisis, wenn auch niemand eine so große Elastizität der kapitalistischen Produktion, eine solche Fähigkeit, sich in der Not zu helfen und Schlägen auszuweichen, voraussetzen konnte.

#### Köln-Lindenthaler Metallwerke.

Aus dem Geschäftsbericht pro 1901/1902 des unferen Lesern durch seine fortwährenden Differenzen mit den Arbeitern betannten

Werkes ist zu ersehen, daß in der Fahrradabteilung die Summe der geleisteten Arbeiten nicht geringer war als im Vorjahr, dagegen die Betriebsüberschüsse dieser Abteilung dem des Vorjahres etwas nach, vor allem, weil die ungünstigen Witterungsverhältnisse recht nachteilig auf die Abnahme eingewirkt haben. Für das nach Geschäftsjahre liegen hinreichend Aufträge vor, zum Teil für ausländische Großhandlungen und Ausführaufträge. Mit der Einstellung von Motorzweirädern ist begonnen. Die neu eingerichtete Abteilung Metallmöbel hat einen Verlust ergeben, der den Gewinn der Fahrradabteilung fast ganz aufzehrt. Es ist nicht möglich gewesen, den Verlust auf eine genügende Höhe zu bringen, da erforderlichen Einrichtungen zum Teil erst im Laufe des Jahres fertiggestellt werden konnten und auch der Absatz in den besten Sorten bei den ungünstigen allgemeinen Zeitverhältnissen erheblich Schwierigkeiten begegnete. Der von der Gesellschaft erzielte Gewinn beträgt 122517 Mk. (im Vorjahr 200998 Mk.). Nach Abschreibungen von 101102 Mk. (78801) verbleibt ein Überschuß von 21415 Mk. (122192 Mk.), der dem Sicherheitsbestand überwiegen würde. Der aus den früheren Jahren herrührende Verlust von 140189 Mk. wird unverändert auf neue Rechnung vorgetragen. Das Unternehmen ist darnach durchaus nicht so ungünstig gestellt, daß die fortwährenden „Lohnregulierungen“ gerechtfertigt wären. Es wäre auch nicht zu unterzuchen, wen die Schuld trifft, daß die Metallwerke nicht noch besser stehen. Die Leitung möge darüber mal ihren Scharffinn anstrengen.

#### Der Braunschweigischen Maschinenbauanstalt.

wurde von der Polizeidirektion in Braunschweig der Auftrag erteilt, die Gelder der im Betrieb stehenden Arbeiterpensionkasse, 180000 Mark binnen 14 Tagen mündelicher Auszahlung. Das von der Maschinenbauanstalt hierauf angerufene Verwaltungsgeschäft erklärte sich unständig. Das Einschreiten der Polizei geschah erst auf Drängen der Arbeiter. Natürlich hatte die Direktion das Geld verausgabt. Um das Geld jetzt zu erhalten, werden die Aktionäre um 33 1/2 Prozent Nachzahlung ersucht.

#### Zur Lage der Eisenindustrie in Sachsen.

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Leipzig macht über die Lage der Eisen verarbeitenden Industrie im Königreich Sachsen im abgelaufenen Jahre folgende Mitteilungen: Für die Eisenindustrie verlief das Geschäft wiederum ungünstig. Den meisten Eisenwerken mangelte es an genügender Beschäftigung, weshalb teilweise die Arbeitskräfte eingeschränkt werden mußte. Es kann aber in der schwierigen Lage, in die manche Eisenwerke unter dem Drucke ungünstigen Konjunktur des Vorjahres geraten waren, als überwinden angesehen werden. Eisenwerks ist zwar im Preise etwas zurückgegangen, wird jedoch bei den gegenwärtigen Verhältnissen noch als zu teuer bezeichnet. Die Berichte aus der Maschinenindustrie bringen teilweise wenig Erfreuliches. Die elektrischen Maschinen haben einen Minderumsatz zu verzeichnen. Die frühere Überproduktion an Werkzeugmaschinen ließ das Geschäft in dieser Geschäftszweig nicht gedeihen. Die Preise waren außerordentlich gedrückt, der Umsatz gering. Auch für Holzbearbeitungsmaschinen waren die Absatzverhältnisse schwierig. Befriedigender scheinen die Verhältnisse für die Maschinen zur Papierverarbeitung, zur Schiffsfabrikation sowie für Gas- und Benzinmotoren gewesen zu sein. Erzeugung und Umsatz hielten sich hier im allgemeinen auf der Höhe des vergangenen Jahres. Günstig lauten die Berichte für Maschinen zur Zukerwarenfabrikation und für Backereimaschinen. Hier hat sich der Umsatz in erfreulicher Weise gehoben. In landwirtschaftlichen Maschinen hat der Absatz nach dem Inland wie dem Ausland ebenfalls zugenommen. Fahrradindustrie und Fahrradhandel sind im allgemeinen mit Fabrikationsbedingungen und Absatz zufrieden. Die amerikanische Masseneinfuhr hat mangels Nachfrages aufgehört.

#### Der Proffist über alles.

Unsere Schutzpolitik ermöglicht es den Syndikaten, an dem Ausland bedeutend billiger zu verkaufen als an das Inland. Unferen Geschäftspatrioten finden das so in der Ordnung. Diese gemeingefährliche Preispolitik hat wieder eine neue Folge gezeitigt. Die bekannte Dortmunder Firma August Kibinne, Eisenkonstruktions-Gesamterbau zc., ist dahinter gekommen, auch aus dieser Lage Nutzen zu ziehen. Die Firma hat sich entschlossen, ein zweites Werk in Holland zu errichten. Daß die Firma Nutzen dabei erzielt, einleuchtend aus folgendem: In Deutschland kostet zur Zeit die Tonne Weiche 120 Mark, während das gleiche Quantum nach dem Ausland für 100 Mark frachtfrei geliefert wird. Mit Hin erwidert die Firma hierdurch ein Nutzen von 25 Mark für die Tonne, 1000 Tonnen macht das schon 25000 Mark.

Es handelt sich bei der Firma jetzt schon um viele Tausende Tonnen, da sie bedeutende Aufträge auf Gasometer-Lieferungen hat. Sollen wohl ist den Arbeitern deutlicher vor Augen geführt, wie die „Patriotismus“ des Unternehmertums in Wirklichkeit zu verstehen ist. Durch diese Politik wird den deutschen Arbeitern rücksichtslos das Brot genommen, Handel und Verkehr niedergelegt und dadurch selbstverständlich auch der Mittelstand zu Grunde gerichtet, den man zu schützen vorgibt. Und dabei spricht Minister Wölfer immer noch von der segensreichen Tätigkeit der Syndikate.

#### Verschmelzung englischer Lokomotivfabriken.

Wie aus London berichtet wird, ist in Glasgow die Verschmelzung von drei der größten britischen Lokomotivfabriken perfekt geworden. Die neue Gesellschaft heißt Neilson, Reid & Co., Dubs & Co. endlich Sharp, Stewart & Co., sämtlich in Glasgow. Diese drei Firmen erzeugen 60 Prozent aller englischen für fremde Rechnung gebauten Lokomotiven; von den auf Eisenbahnwerkstätten zum eigenen Gebrauch der betreffenden Bahnen hergestellten Lokomotiven ist hier natürlich abgesehen. In ganz gibt es in England kaum ein Duzen selbständiger Lokomotivfabriken; zusammen produzieren sie jetzt 1500 Maschinen. Nur sieben Firmen geben sich mit Hauptlinien-Lokomotiven, deren jährliche Herstellung 1100 bis 1200 Stück beträgt ab. Davon entfallen 700 auf die drei genannten Firmen, welche noch erheblich mehr produzieren könnten, ohne ihre Anlagen zu erweitern. Neilson, Reid & Co. sind sogar die größten Lokomotivbauer in Europa. Die Firma wurde vor 65 Jahren gegründet und erzeugt jetzt 300 Lokomotiven im Jahre. Dubs & Co. sind 40 Jahre alt, Sharp, Stewart & Co., ursprünglich Fabrikanten von Baumwollspinnmaschinen in Manchester, verlegten sich vor 60 Jahren an Lokomotiven, überlebten vor 15 Jahren nach Glasgow und erwarben die Clyde Lokomotive Company. Seit ihrer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zahlten sie steigende Dividenden, in den letzten Jahren je 15 Prozent. Der „Combine“ aller drei Firmen wird um zwei Mill. Pf. kapitalisiert. Man verspricht sich von der Verschmelzung Erparnisse bei der Produktion und beim Absatz, sowie größerer Chancen zur Überwindung der ausländischen, namentlich der deutschen Konkurrenz.

### Rundschau.

#### Der zweite Bauarbeiterkongress.

findet am Sonntag den 29., Montag den 30., und, wenn erforderlich, Dienstag den 31. März 1903 zu Berlin im Gewerkschaftshaus Engelauer 15, statt. Die Verhandlungen beginnen Sonntag den 29. März, 7 Uhr abends, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterbeschäftigung. Berichterstatter: Th. Bömelburg.
2. Der gegenwärtige Stand des Bauarbeiterbeschäftigung und Beratung weiterer Maßnahmen. Berichterstatter: G. Heintze.
3. Lohnklausel in Bauverträgen. Berichterstatter: Chr. Denthall.
4. Anträge, soweit dieselben bei den vorhergehenden Punkten nicht erledigt sind.

Die einzelnen Vorschläge können für einen Ort oder auch für mehrere Orte gemeinsam eine Delegation entsenden, die Bauarbeiterbeschäftigung eines Ortes kann sich auch auf eine gemeinsame Vertretung einigen

Die Delegierten haben durch Mandat zu legitimieren, und zwar für jeden durch sie vertretenen Ort durch ein besonderes Mandat. Ist ein Delegierter von verschiedenen Branchen entsandt, dann sind die für die Delegation in Betracht kommenden Berufe auf dem Mandat anzugeben. Die Mandate sind aber nur dann gültig, wenn dieselben von mindestens drei Personen unterzeichnet sind.

Mandatformular sind bei G. Heineke, Hamburg, Brennerstraße 11, II. Etage, zu haben.

Die Wahl der Delegierten ist in Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. Wo ein Versammlungslokal nicht zur Verfügung steht, kann die Wahl auch durch Unterschriften, die dem Mandat beizufügen sind, vollzogen werden. Die Unkosten der Delegation haben diejenigen zu tragen, welche die Vertretung entsenden.

Anträge für den Kongress, die Bezug auf den Bauarbeiter-schutz und die sonstige Tagesordnung haben, sind spätestens bis zum 1. März an Th. Bömelburg, Hamburg, Brennerstr. 11, zu senden.

Dem Berliner Lokalkomitee ist von der erfolgten Wahl zum Delegierten Mitteilung zu machen; ebenfalls, ob die Beförderung eines Logis gewünscht wird.

Die Drucksachen für den Kongress werden nur an diejenigen Delegierten gefandt, die sich bei dem Lokalkomitee angemeldet haben.

Alle Sendungen, Anfragen etc. sind zu richten: für das Lokalkomitee an G. Vint, Berlin, Engelauer 15, für die Bauarbeiter-schutzkommission an Th. Bömelburg, Hamburg, Brennerstr. 11.

**Beendigung des Ausstandes bei Julius Post in Köln-Chrenfeld.**

In diesem Konflikt hatte der Vorsitzende des Gewerbegerichtes Köln den Vorschlag gemacht, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzugreifen. Die Arbeiter erklärten sich sofort dazu bereit und schließlich stimmte auch Herr Post zu. Die Verhandlung fand dann am 24. Januar statt. Den Vorsitz führte Herr Deder. Von beiden Seiten waren anwesend: die Arbeiter verlangten in der Hauptsache Eingelassene für alle, vierzehntägige pünktliche Lohnzahlung Samstags abends, Wiederherstellung der alten Vorkasse, Garantie eines Minimallohnes für eingearbeitete Arbeiter von M. 3,50, für jüngere Arbeiter von M. 2,50 und für Arbeiterinnen M. 1,80 pro Tag, Festsetzung der Lohnsätze bis zum 1. Februar 1904, keine Maßregelungen und Anerkennung der Organisation u. s. w. Nach den Verhandlungen, die sich bis nach 7 Uhr abends ausdehnten, fällt das Gewerbegericht folgenden einstimmig gefassten Schiedsspruch:

„Die Firma Post bewilligt für sämtliche Arbeiter mit Ausnahme der Eisenzieher Eingelassene; für Hochlöhler, die mit der Hand gerichtet werden, wird ein Preis von M. 19,78 gezahlt; sobald die Maschine tadellos funktioniert, tritt für Maschinenarbeit ein Preis von M. 15,98 ein, wenn keine Handarbeit erforderlich ist; für Holzbockelgehende wird ein Lohn von M. 23 für 100 Stück festgesetzt; für gewöhnliche Felgen Maschinenarbeit M. 8,20, Handarbeit M. 11,70; die Wohnung findet alle 14 Tage Samstags 6 1/2 Uhr statt; für Warten auf Material zahlt die Firma gelehrten Arbeitern, wenn nicht höhere Löhne festgesetzt sind, 80 Pf., jungen Arbeitern den festgesetzten Stundenlohn, Arbeiterinnen 18 Pf. pro Stunde; Maßregelungen finden nicht statt; die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter werden anerkannt; Reparaturschlosser werden zu den alten Bedingungen eingestellt; die Vorarbeiter der Kolonnen erhalten einen Mindestlohn von 40 Pf.; es wird ein neuer Arbeiterausschuß in geheimer Wahl gewählt; die Lohnsätze gelten bis zum 1. April 1904.“

Die Arbeitervertreter erklärten sich mit diesem Schiedsspruch einverstanden; die Vertreter der Firma stellten ein Einverständnis in Aussicht, da man bezüglich eines Punktes sich noch mit dem Inhaber der Firma, der verreist ist, auf telegraphischem Wege verständigen wolle. Herr Post hat den Schiedsspruch anerkannt, worauf am 28. Januar die Arbeit wieder aufgenommen wurde. — Der Schiedsspruch bringt den Arbeitern folgende Lohnerhöhungen: Westhochlöhler von M. 21 auf 23 pro Hundert, gewöhnliche Felgen 7 bis 8 Prozent Lohnerhöhung u. s. w. Über die anderen Punkte war meist vor dem Schiedsspruch schon die Einigung erfolgt.

**Die Kruppischen Werke eine Aktiengesellschaft.**

Die Witwe Krupp hat durch Anschlag in den Kruppischen Werken folgendes bekannt gegeben: „Mein verstorbenen Mann legte in seinem Testament die Überzeugung nieder, daß im Falle seines frühzeitigen Ablebens und beim Übergang der Fabrik an minderjährige Erben sein Werk in der bisherigen Form nur unter Schwierigkeiten weitergeführt werden könne und hat deshalb leztwillig den Wunsch ausgesprochen, in einem solchen Falle die Fabrik in die Form einer Aktiengesellschaft überzuführen. In Übereinstimmung mit dem Direktorium und meinen Wünschen werde ich, als Vertreterin meiner Tochter Bertha Krupp, die leztwillige Bestimmung des Entschlafenen, die er in der Sorge um das fernere Gedeihen der Werke getroffen hat, zur Ausführung bringen. Die Veränderung soll jedoch nicht in der Weise erfolgen, daß die Fabrik verkauft wird; vielmehr werden die Anteile Eigentum meiner Tochter Bertha, als Fabrikantin verbleiben. Auf diese Weise wird künftig die Fabrik als Kruppischer Besitz erhalten bleiben, wie es den Wünschen meines Mannes entspricht, und werden die persönlichen Beziehungen zur Fabrik aufrecht erhalten. Die Fürsorge für die Werkangehörigen — Beamte wie Arbeiter — im Sinne und Geiste des Entschlafenen weiter zu pflegen, wird uns stets am Herzen liegen.“

Wir zweifeln nicht daran, daß das Direktorium — denn Frau Krupp hat natürlich auf die Leitung gar keinen Einfluß — in dem „bewährten Sinne“ fortregieren wird. Die Arbeiter werden sicher nichts davon gewahrt, daß über ihnen nun „zarte Hände“ walten. Die Arbeiterbewormung und der Wohlfahrtschub werden weiter praktiziert werden.

**Kommerzienrat Bruno Naumann.**

In Firma Seidel & Naumann, Nähmaschinenfabrik in Dresden, ist gestorben. Aus diesem Anlaß sollen auch die Arbeiter dieser Firma in unsägliche Trauer versallen sein. So sollte man meinen, wenn ein Insepat, das in den Dresdener Zeitungen erschien, echt wäre, Allein das Gloriat trägt den Stempel der Wache so deutlich, es lautet:

„Dies erschüttert stehen wir an der Bahre unseres so plötzlich und unerwartet von uns genommenen hochverehrten Chefs, des königlich sächs. Geheimen Kommerzienrats Herrn Bruno Naumann, Standesherr auf Königsebrück, Ritter hoher Orden etc., und fühlen den uns betroffenen, so überaus schmerzlichen Verlust ernst und schwer. Was der Verbliebene namentlich uns in seiner überaus fürsorglichen, väterlichen Weise, in seiner außerordentlichen Schaffensfreudigkeit, welche ihn nie müde werden ließ, in seinem so herrlich ausgeprägten Opfer- und Wohlthätigkeitssinn gewesen, wissen wir nur am besten und darum auch am dankbarsten zu würdigen. Und so rufen wir denn trauernden Herzens dem teuren Entschlafenen als Ausdruck unseres unaussprechlichen Dankes mit dem Gelübnis unvergeßlichen ehrenden Gedächtnisses ein Ruhe sanft, hab' tausend Dank! in die stille Gruft nach.“

Die sächs. Arbeiter-Ztg. stellt fest, daß die gesamte Arbeiterschaft, die den Aufruf veröffentlicht, unter eigenem Zwange gehandelt hat. Daß die bürgerliche Presse wieder überschäumt von Lobpreisungen des Verstorbenen, nimmt niemand mehr wunder. Naumann hat es freilich vom Schlossergefellen zum Millionär gebracht, aber doch nur durch die Arbeit anderer. Als Schlossergefelle wäre er ein armer Teufel geblieben.

**Streikende Kinder in Dortmund.**

Im Dortmunder General-Anzeiger erschien ein Inserat, durch welches 14 bis 16jährige Knaben gesucht wurden für die Schraubenfabrik Uppermann, Glückaufstraße. Wie sich herausstellte, sollten die Kinder Streikbrecherdienste leisten, da bei besagter Firma ein Streik der Mutteraufreher — lauter Kinder im Alter von 14 bis 16 Jahren — ausgebrochen ist. Die Ursache des Streiks ist Lohnereduktion. Bisher erhielten die Knaben pro 100 Mutter 8 Pf., wobei ein wöchentliches Lohn von 6 bis 9 Pf. eingelegt wurde. Jetzt werden für

100 Mutter nur noch 4 Pf. gezahlt, also ist etrie 50prozentige Lohnereduktion eingetreten, nach welcher nur noch ein wöchentlicher Lohn von 3 bis 4 Mk. 50 Pf. herauskommt. Dabei haben es die Kinder vorgezogen, die Arbeit niederzulegen. Die Kinderabschreibung wird auch noch nach der Richtung hin betrieben, daß mehrfach, entgegen den Bestimmungen der Gewerbeordnung, die Knaben länger als 10 Stunden beschäftigt wurden.

**Gewerkschaftliche Dummheiten.**

Unter dieser Spitzmarke schreibt die Dortmunder Arbeiterzeitung ebenso wahr als treffend: Alljährlich, etliche Zeit vor Ostern, ehe noch die Schulentlassungen erfolgen, findet man in den verschiedensten Tages- und sonstigen Blättern Warnungen an die Eltern oder Vormünder, die zur Entlassung kommenden Kinder nicht dieses oder jenes Handwerk lernen zu lassen, weil der Beruf schon zu sehr überfüllt sei. Nebenher macht man auch wohl noch etwas graulich mit den Gefahren oder der Gesundheitschädlichkeit des in Frage stehenden Berufs, welche meistens auch der Wahrheit vollkommen entsprechen. Man vergißt jedoch die allgemeinen und gesundheitlichen Verhältnisse anderer Berufe daneben zu setzen. Was alle anderen Darstellungen nicht vermögen, das erreicht man durch Aufdeckung der Berufsmängel und der Zweck wird in vielen Fällen erreicht, die aus der Schule entlassenen Kinder werden jenem Berufe nicht zugeführt, vielmehr belasten sie ein anderes Handwerk, in welchem gleiche Mängel herrschen. Die Veranlasser solcher Warnungsartikeln sind sich nicht wenig zu gute auf ihre sozialpolitische Einsicht und sind stolz darauf, an ihrem Teil zur Lösung der sozialen Frage — natürlich in ihrem Beruf — beigetragen zu haben. Eine starke Seite nach dieser Richtung haben immer die Kirch- und Arbeiter-Gewerkschaften entwickelt, das jedoch kann uns wenig imponieren, diese Gesellschaft ist zu bedeutungslos geworden, als daß man ihr ethischen viel Aufhebens von der Sache macht. Von den freien Gewerkschaften haben zuerst die Buchdrucker nach demselben Schema gehandelt. Nun kommt auch noch der Zentralvorstand der Wäckerorganisation und gibt an alle Zahlstellen ein Flugblatt in beliebiger Höhe, in welchem ebenfalls die Eltern und Vormünder erlucht werden, ihre Söhne nicht das Wäckerhandwerk lernen zu lassen. Wir bedauern aufrichtig, daß die freien Gewerkschaften so sehr gemäßigtermaßen zur Malthusischen Theorie abgleiten können und durch Verminderung von Arbeiterangebot eine Verringerung der sozialen Verhältnisse der Berufsfolger schaffen. Aufklärung, Bildung und Selbstbemühtigkeit und eine straffe Organisation sind die geeigneteren Mittel zur Hebung der sozialen Lage der Wäckergehilfen, nicht aber das Zurückdrängen des Lehrlingsangebots.

**Ein Gewerkschaftskartell als politischer Verein gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes.**

Die Sitzung des Gewerkschaftskartells für Halle a. S. und Umgegend vom 7. Februar 1902 wurde politisch aufgelöst, weil sich zwei weibliche Delegierte trotz der Aufforderung des überwachenden Beamten nicht entfernten. Die Polizeiverwaltung billigte die Auflösung, indem sie das Gewerkschaftskartell für einen politischen Verein gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes erklärte, an dessen Versammlungen Frauen nicht teilnehmen und dem sie auch als Mitglieder nicht angehören dürften. Der Vorsitzende, Redakteur Wd. Thiele, klagte darauf beim Bezirksauschuß und bestritt, daß das Gewerkschaftskartell überhaupt ein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes sei. Weiter wurde bestritten, daß das Gewerkschaftskartell bezwecke, gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern. — Der Bezirksauschuß in Merseburg wies jedoch die Klage ab und führte u. a. aus: Das Kartell sei zunächst als ein Verein anzusehen. Als wesentlich für den Begriff eines Vereins im Sinne des öffentlichen Rechtes habe zu gelten, das Dasein eines auf einem Vertrag beruhenden Rechtsverhältnisses, durch welches eine Mehrheit von Personen behufs eines ihnen gemeinsamen Zweckes mittels Unterordnung unter eine organisierte Willensmacht nach außen hin zu einer Einheit zusammengeschlossen wird. Das treffe auf das Gewerkschaftskartell zu. Nun berufe sich Kläger auf ein Urteil des Obergerichtsgerichtes, wonach das Berliner Gewerkschaftskartell kein „Verein“ sei, weil nicht physische Personen, nicht die Delegierten, sondern die Gewerkschaften, die sie entsandten, im Kartell zusammengeschlossen seien und ein rechtliches Band nur zwischen den Gewerkschaften bestünde und die Delegierten nur zu ihrer eigenen Gewerkschaft rechtliche Beziehungen hätten. Das treffe aber nach Ansicht des Gerichts auf das Gewerkschaftskartell für Halle nicht zu. Allerdings entsende nach dem Regulator (Statut) von 1896 jede organisierte Gewerkschaft Delegierte in das Kartell. Nach demselben Regulatoriell gelten aber diese Vertreter nach Einhandlung des ihnen von dem Bureau auszustellenden Mandats an den Vorsitzenden des Kartells als Mitglieder des Gewerkschaftskartells. Damit sei die wechselseitige persönliche rechtliche Verbindung der Delegierten untereinander hergestellt. Es handelte sich also um einen Verein. Dieser bezwecke auch in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern, denn es sei wiederholt in seinen Versammlungen die Majorität zum Gegenstand der Erörterung gemacht worden. Und auch über die Stadtorbordenwahlen habe man gesprochen, wobei der Referent Albrecht das Dreiklassenwahlsystem das elendeste aller Wahlsysteme genannt habe.

Das Ober-Verwaltungsgericht verwarf die gegen dieses Urteil eingelegte, von Rechtsanwalt Volksgang Heine glänzend gerechtfertigte Berufung mit folgender Begründung: Der Begriff des Vereins erfordert allerdings eine Mehrheit physischer Personen. Daß das Kartell solche vereinigte, ergebe sich aus dem Regulatoriell, das ausdrücklich die Delegierten als Mitglieder des Kartells bezeichne. Dazu käme noch der Vorsitzende der Arbeiterssekretariatskommission und der Arbeiterssekretär, denen Sitz und Stimme auch für den Fall eingeräumt worden sei, daß sie nicht von ihrer Gewerkschaft in das Kartell delegiert würden. Eine Mehrheit physischer Personen sei hier gegeben. Eine Organisation des Kartells sei auch als vorhanden anzunehmen. Es läge ein vertragliches Zusammenwirken auf dem Gebiet der Vermögensverwaltung vor, und auch nach außen habe sich das Kartell als geschlossene Einheit zu erkennen gegeben. Wenn eingeworfen werde, es handele sich um Wahlen der Gewerkschaften bei der Zusammenlegung des Kartells, so sei darauf zu bemerken, daß die Wahl nur die Veranlassung des Zusammentritts sei; entscheidend sei die Annahme der Wahl. Schließlich sei noch der Zweck der Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen zu bejahen. Das Regulatoriell selbst schreibe unter Nummer 7 vor, daß zu den Zwecken des Kartells auch gehören: die Erledigung der Vorarbeiten für die Wahlen zum Gewerbegericht, die Aufstellung der Kandidaten und die Agitation für die Gewerbegerichtswahl. Das solle natürlich auch in den Sitzungen des Kartells erörtert werden und sei eine politische Angelegenheit. Die Sitzungen des Kartells seien aber mit Rücksicht auf die große Zahl der Teilnehmer als Versammlungen im Sinne des Gesetzes anzusehen. (Das Kartell zählt etwa 40 Mitglieder und deren Vertreter.) Somit sei die Auflösung der Versammlung wegen der Anwesenheit von Frauen berechtigt.

**Vom Ausland.**

**Schweden.**

Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten. Die schwedische Regierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Vermittlung in Arbeitsstreitigkeiten vorgelegt, der der Hauptsache nach folgendes enthält:

Das Reich wird in Distrikte eingeteilt und für jeden Distrikt ein Vergleichsmittel von der Regierung eingesetzt, dessen Aufgabe sein soll, an der Lösung von Konflikten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern sowie zwischen Gruppen von Arbeitern mitzuwirken. Der Vergleichsmittel soll die Arbeitsverhältnisse innerhalb seines Distrikts aufmerksam beobachten und für die Errichtung von Vergleichskommissionen und Schiedsgerichten wirken, mit Rat und Aufklärung assistieren sowie an der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten mitwirken. Wenn Streitigkeiten ausbrechen, soll der Ver-

gleichsmittel persönlich eingreifen, die streitenden Parteien aufordern zu verhandeln und versuchen eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Er kann Sachverständige berufen, die aus den Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Distriktes zu wählen sind und mit dem Vergleichsmittel zusammen eine Vergleichskommission bilden. Kommt kein Vergleich zu Stande, so kann der Vergleichsmittel die streitenden Parteien auffordern, Schiedsrichter zur Entscheidung des Konfliktes zu wählen. Die Rechtskraft von Übereinkommen und anderen Beschlüssen wird nach den Bestimmungen der allgemeinen Gesetzgebung festgesetzt. — Es wird vorgeschlagen, daß das Gesetz am 1. Januar 1904 in Kraft treten soll.

**England.**

Dem Bericht des Handelsamtes über die Trade-Unions im Jahre 1901 (vergl. Nr. 1 S. 7) ist noch zu entnehmen, daß die Zahl der für die Metall-, Maschinen- und Schiffbau-Industrie in Betracht kommenden Gewerkschaften 268 mit 334.913 Mitgliedern beträgt, was eine Abnahme der Mitgliedschaft von 1 Prozent bedeutet. Allerdings war in anderen Industrien die Verminderung in Mitgliederbestand noch größer: so betrug sie im Baugewerbe 4,1 Prozent, bei den Eisenbahnern sogar 6,9 Prozent. Von 1892 bis 1901 verminderten die Gewerkschaften in der Metall-, Maschinen- und Schiffbau-Industrie 15,9 Prozent ihrer Ausgaben für Streikunterstützung, 27,3 Prozent für Arbeitslosenunterstützung, 19,3 Prozent für Kranken- und Unfallunterstützung, 16,8 Prozent für Altersunterstützung, 8,3 Prozent für Sterbegeld, für sonstige Zwecke 12,4 Prozent. Die ganze Summe der Ausgaben betrug 5.659.774 Pf. Stl.

The Amalgamated Engineers Monthly Journal, das Organ der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer, beschäftigt sich in seiner Januarnummer sehr eingehend mit der schlechten Konjunktur und mit der erschütterten Vorherrschaft der englischen Industrie auf dem Weltmarkt. Es wird eine ganze Anzahl von Präparierungen darüber zitiert, die in ihrem überwiegenden Teile gegen die englischen Unternehmer schwere Vorwürfe erhoben. Eine dem Morning Advertiser entnommene Äußerung beschäftigt sich mit dem Vorwurf, daß die auswärtigen Vertreter Englands die Interessen ihres Landes nicht energisch genug wahrnehmen. Dieser Vorwurf wird zurückgewiesen und als Beispiel angeführt, daß der englische Gesandte in der Schweiz, Sir Longham Greene, sich dort sehr wohl der englischen Interessen angenommen habe, daß jedoch die englischen Fabrikanten in dem Wettbewerb mit der Konkurrenz sehr nachlässig gewesen seien. Die englischen Unternehmer begnügten sich damit, ihren ausländischen Kunden Preislisten in englischer Sprache zu senden, in welchen sämtliche Gewichte, Maße und Preise nach dem englischen System angegeben seien, statt Reisende nach den Ländern zu senden, deren Ausgabe es sei, mit den Käufern in persönliche Verbindung zu treten.

In einer anderen Präparierung wird dem Unternehmertum vor Augen geführt, daß es, um konkurrenzieren zu können, nicht nur nötig sei, die neuesten Maschinen und Werkzeuge anzuschaffen, sondern, daß zur vollständigen Ausnutzung derselben auch die Schaffung von ausreichenden, hellen und luftigen Werkstätten nötig sei, damit einerseits die Maschinen vollständig ausgenutzt werden und andererseits aber auch die Arbeiterschaft nicht in ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit geschädigt wird.

In noch energischerer Weise wird dieses Thema in dem Leitartikel erörtert, wobei der Verfasser besonders der Behauptung entgegentritt, daß die „verrückten, skrupellosen und tyrannischen Gewerkschaften die Industrie erdroffelt“ hätten, ein Vorwurf, der von dem leichtgläubigen britischen Publikum gern geglaubt würde.

Ferner bringt das Blatt ein Verzeichnis von 25 Organisationen in der Maschinenindustrie, das zwar lange nicht alle Organisationen umfaßt, aber nichtsdestoweniger deutlich zeigt, wie groß die Zersplittertheit im englischen Gewerkschaftswesen noch immer ist, obgleich sich jedes Jahr etliche Gewerkschaften auflösen. Die älteste Organisation ist die 1824 gegründete wohlhabende Gesellschaft der Dampfmaschinenbauer mit annähernd 9000 Mitgliedern, dann folgen im Alter die „Vereinigten Maschinenarbeiter“ (1844 gegründet, 3017 Mitglieder), sowie die „Vereinigte Gesellschaft der Maschinenbauer“ (1851 gegründet, 9093 Mitglieder). Die übrigen Organisationen sind alle bedeutend jünger und haben zum Teil trotz der hochtadelnden Namen eine lächerlich geringe Mitgliederzahl. Die jüngsten Gebilde dieser Art sind die Organisation der „Marins und General Engineers“ (London E), wahrscheinlich ein Maschinenvereiner mit 28 Mitgliedern und der „Eastern Counties' Engineers“ (wohl eine ähnliche Organisation für die östlichen Provinzen) mit dem Sitz in Gratham. Dieser Niesenerband hat 18 (!) Mitglieder. Den englischen Arbeitern tut zweierlei not: Bessere politische Einsicht und weniger Eigenbräueli im Gewerkschaftswesen.

Die englische Arbeitsmarktberichterstattung konstatiert im Dezember einen Rückgang der Beschäftigung (gegen den Dezember des Vorjahres) in der Eisen- und Stahlproduktion, im Maschinen- und Schiffbau; dagegen hatte sich der Bergbau, und in den Textilindustrien habe sich sogar manches gebessert.

Von den 224 berichterstattenden Trade Unions mit 552.415 Mitgliedern waren im Dezember 5,5 Prozent (30.802) arbeitslos, gegen 4,8 Prozent im November 1902 und 4,6 Prozent im Dezember 1901. Die Bewegung ging demnach zuletzt in ziemlich ausgesprochener Weise nach abwärts.

**Frankreich.**

In Saint Etienne befinden sich die Arbeiter einer Waffenfabrik im Streik; sie fordern den Feiertag. Diese Forderung wird begründet mit der Anwendung verbesserter Maschinen, durch welche es den Unternehmern gelang, ihre Profite zu erhöhen und das Glend der Arbeiter zu vermindern, indem sie die Arbeitszeit ständig zu verlängern und die Löhne zu brücken suchen. Die Firma Favatier, um diese handelt es sich, erklärte auf eine an sie gerichtete Eingabe, daß sie nicht abgeneigt sei, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, jedoch sollte dies erst vom 1. Juni d. J. an geschehen. Die Arbeiter empfanden dies als eine Verhöhnung ihrer Forderung und so kam es zum Streit.

**Amerika.**

In Chicago ist am 31. Oktober v. J. ein neuer Zweigverein der (britischen) Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer, die in der nordamerikanischen Union eine ganze Reihe Zweigvereine hat, eröffnet worden. Dieser Zweigverein untersteht sich von den anderen insofern, daß er aus lauter deutschsprechenden Mitgliedern besteht. Dies veranlaßte Mr. Isaac Cowen, den „Organisator“ des genannten Verbandes für Nordamerika und Kanada, zu folgenden beachtenswerten Ausführungen, die sich in seinem Bericht in der Januarnummer des Verbandsorgans befinden: „Es sind einige prächtige (splendid) Arbeiter in dem Verein, die getreulich über sein Gedeihen machen werden. Es sollte eine internationale Übereinkunft mit den deutschen Metallarbeitern, dänischen Schmiedern und Maschinenarbeitern, den französischen Maschinenbauern und Maschinenarbeitern, sowie den norwegischen und schwedischen organisierten Kollegen getroffen werden, so daß, wenn von ihren Mitgliedern, welche nach einem Lande gehen, so sich Zweigvereine der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer befinden, sie, sagen wir 1 Dollar zahlen und dafür zum Empfang aller Unterstutzungen berechtigt sein könnten, die die Sektion gewährt, der sie beigetreten sind, nachdem sie 6 Monate lang ihre Beiträge gezahlt haben. Dies würde zur Umbildung einer wirklichen Bruderschaft mit denjenigen führen, die uns im Beruf nahe stehen. Der Vorschlag sei unsern Mitgliedern zur Erwägung unterbreitet.“

\* Im Jahre 1902 ist die Mitgliederzahl auf 93.228 gestiegen.

**Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter**  
(S. S. 29 Hamburg.)

Leipzig-Dk. Am 27. Dezember 1902 befaßte sich eine Mitgliederversammlung auch mit der vom Metallarbeiter-Verband geplanten Krankenunterstützung. Nachdem Kollege Schramm darüber referiert hatte, trat Kollege Berg seinen Ausführungen entgegen, indem er

